

Schülermagazin 2019 – Sekundarstufe II

FRIEDEN UND SICHERHEIT

www.frieden-und-sicherheit.de



Grundbegriffe

Konflikte und
Ursachen

Strategien und
Bündnisse

Mit Beispielen, Hintergrund-
wissen und Debatten

Inhalt und Impressum

Editorial

Herausforderungen für Frieden und Sicherheit ____ 3

Grundbegriffe Frieden und Sicherheit ____ 4

Bedrohungen im 21. Jahrhundert: Konflikte und Ursachen

Gewalt und Terrorismus _____ 6

Waffen und Rüstung _____ 8

Armut und Globalisierung _____ 10

Umweltzerstörung und Klimawandel _____ 12

Staatszerfall _____ 14

Friedens- und Sicherheitspolitik: Strategien und Bündnisse

Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik ____ 16

Die Bundeswehr _____ 18

Auslandseinsätze _____ 20

Die Vereinten Nationen _____ 22

Die NATO _____ 24

Sicherheit in Europa _____ 26

Entwicklungspolitik _____ 28

Zivilgesellschaft und
Nichtregierungsorganisationen _____ 30

Hinweise in den Kapiteln



Informationen im Internet



Aufgaben zum Weiterdenken



Standpunkte und Debatten

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in den Texten dieses Schülermagazins nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

Dieses Heft einschließlich all seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Beiträge sind sorgfältig recherchiert und entsprechen dem aktuellen Stand. Weder Autoren noch Verlag können für eventuelle Nachteile oder Schäden, die aus den im Heft gegebenen praktischen Hinweisen resultieren, eine Haftung übernehmen.



Impressum

Herausgeber:
Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit
mit dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Vertretungsberechtigte:
Michael Jäger (Geschäftsführer)

Registernummer:
Amtsgericht Wiesbaden, HRB 25555

Texte:
Dr. Petra Beckmann-Schulz, Stefan Follmann,
Philine Sturzenbecher

Redaktion:
Charlotte Höhn (verantwortlich), Katrin Minarek, Stefanie Pietzsch

Redaktionsschluss:
Januar 2019

Pädagogische Beratung:
Roland Henke (Niedersächsisches Kultusministerium),
Dr. Alexander Jehn (Hessische Landeszentrale für politische Bildung),
Wolfgang Oppel (Bildungsexperte NRW)

Fachliche Beratung:
Bundesministerium der Verteidigung

Verlag:
Eduversum GmbH, 65183 Wiesbaden

Layout und Satz:
epiphan visual solutions GmbH

Bildnachweis:
Bundeswehr: Lisa Walter (16), Sebastian Wilke (18), Marco Dorow (20), Alexander Gottschalk (26), Fotolia: henktennapel (10), picture alliance/AP Photo: Aleppo Media Center (4), picture alliance/image-BROKER: White Star/Monica Gumm (12), picture alliance/REUTERS: Ahmad Shalha (Titel), Mohammed Salem (3), Hannibal Hanschke (6), Ricardo Moraes (8), Khaled Abdullah (14), Eduardo Munoz (22), Ints Kalnins (24), Afolabi Sotund (28), Fredy Builes (30)

Mehrere Millionen Menschen sind innerhalb des Iraks auf der Flucht vor den Kämpfern des Islamischen Staats.



Herausforderungen für Frieden und Sicherheit

Weltweit 16 Kriege und 213 gewaltsame Konflikte hat das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung nach Angaben des Konfliktbarometers im Jahr 2018 gezählt. Damit waren es vier Kriege und neun gewaltsame Konflikte weniger als im Jahr 2017. Die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit stellen jedoch weiterhin große Herausforderungen für die Weltgemeinschaft dar. Für Bedrohungen wie Cyberkriminalität oder Desinformationskampagnen in einer digitalisierten Welt müssen neue Lösungen gefunden werden. Klimawandel und Ressourcenknappheit, aber auch Terrorismus und Korruption bedrohen das Leben vieler Menschen und zwingen Millionen zur Flucht. Die Weltgemeinschaft, aber auch Verteidigungsbündnisse wie die NATO und nationale Regierungen müssen auf diese neuen Herausforderungen reagieren. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik findet im 21. Jahrhundert in enger Abstimmung mit internationalen Bündnispartnern statt. Die Bundeswehr übernimmt dabei seit vielen Jahren im Kontext der vernetzten Sicherheit Aufgaben bei der Aus- und Weiterbildung von Sicherheitskräften in Konfliktgebieten oder beim Aufbau rechtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen, häufig in enger Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Maßnahmen. Doch auch jeder Einzelne sollte sich bewusst machen, welchen Einfluss das eigene Handeln auf das Erreichen weltweiten Friedens haben kann und welche Interessen gegenüber anderen zu Konflikten führen können.

Ziel des Schülermagazins

Mit dem Schülermagazin „Frieden und Sicherheit“ erhalten die Leser einen kompakten Einblick in aktuelle Kontroversen sowie wichtige Entwicklungen in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Heft vermittelt Orientierungswissen zur Einordnung und Bewertung aktueller Krisen und Konflikte sowie

politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und militärischer Instrumente zur Friedenssicherung.

Struktur und Inhalt des Schülermagazins

Das Schülermagazin führt zunächst in die Begriffe Frieden und Sicherheit ein, um einen thematischen Einstieg mithilfe unterschiedlicher Materialien wie Karikaturen, Quellentexten und Zitate zu ermöglichen. In zwei großen Themenblöcken werden die Ausprägungen und Ursachen von Bedrohungen im 21. Jahrhundert sowie von Strategien und Bündnissen im Kontext deutscher und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik vorgestellt. Im ersten Teil werden aktuelle Themen wie Gewalt und Flucht, Waffen und Rüstung, Armut und Globalisierung, Umweltzerstörung und Klimawandel sowie Staatszerfall problemorientiert präsentiert. Im zweiten Teil des Schülermagazins werden internationale Institutionen und ihre Aufgaben sowie die Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland thematisiert. Darüber hinaus werden Entwicklungspolitik, Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen als weitere Steuerungsmittel und Akteure bei der Sicherung von Frieden weltweit beleuchtet.

Methodisch-didaktischer Aufbau

Die Themenfelder und Schwerpunkte dieses Materials wurden auf der Grundlage einer umfassenden Auswertung der Lehr- und Bildungspläne aller deutschen Bundesländer ausgewählt. Auf jeweils einer Doppelseite werden aktuelle Beispiele, Hintergrundinformationen und Kontroversen dargestellt. Der Einstieg erfolgt dabei immer über einen Teaser, der eine kurze Vorschau zu den Fragen des Kapitels liefert. Mit ergänzenden Beispielen können die Leser schnell erkennen, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit dem Themen Frieden und Sicherheit hat. Die Wissensvermittlung erfolgt durch redaktionell aufbereitete Texte und Zahlenmaterial, das für Schüler besonders geeignet ist. Anhand von Quellen, Statements und Interviews werden Kontroversen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Thema verdeutlicht. Die Arbeitsvorschläge sind dreistufig aufgebaut und gekennzeichnet. Sie werden durch verschiedene Methoden des Politik- und Sozialkundeunterrichts ergänzt. Tipps zur Vertiefung und weiterführende Informationen werden ebenfalls auf jeder Doppelseite präsentiert.

Das Bild des fünfjährigen Jungen Omran nach einem Bombenangriff in seiner syrischen Heimatstadt Aleppo ging im Sommer 2016 um die Welt.



Frieden und Sicherheit

Voller Staub und Blut sitzt Omran im Krankenwagen und starrt apathisch ins Leere. Im Sommer 2016 wurde sein Haus im syrischen Aleppo nach einem Raketenangriff komplett zerstört. Der Junge wurde 2011 geboren, im gleichen Jahr begann der blutige Bürgerkrieg in seiner Heimat. Omran hat bis heute noch keinen Frieden erlebt. Er wächst im Krieg und in einer zerstörten Heimat auf. Sein Bild wurde zum Symbol für Tausende anderer Kinder überall auf der Welt, denen es genauso geht. Die Vorstellung von Frieden ist in vielen Regionen der Welt noch immer ein unerfüllter Traum.

Eine friedliche Welt, in der alle Menschen in Harmonie und Sicherheit leben können, ist und bleibt eine unerfüllte Wunschvorstellung, die so alt ist wie die Menschheit selbst. Seit Jahrtausenden beschäftigen sich Philosophen und andere Denker mit der Frage, wie ein solcher Zustand zu erreichen ist. Doch um Wege zum Frieden zu finden, muss man sich erst darüber bewusst werden, wann genau Frieden überhaupt herrscht.

Krieg als Naturzustand?

„Der Mensch ist des Menschen Wolf“ – dieses berühmte Zitat geht auf den englischen Philosophen Thomas Hobbes zurück, der im 17. Jahrhundert lebte. Er fasste damit sein Menschenbild zusammen, das davon ausgeht, dass der Normalzustand menschlichen Lebens ein Krieg aller gegen alle ist. Folgt man dieser Prämisse, dann ist Frieden ein Zustand, der gezielt herbeigeführt beziehungsweise gestiftet werden muss. Nach Hobbes bedarf es dazu einer mächtigen Autorität, eines „Leviathan“, der alle dazu nötigen Zwangsmittel durchsetzen kann. Dies könne nur funktionieren, wenn sich alle Menschen freiwillig dieser Zwangsherrschaft unterwerfen und Teile ihrer Freiheit aufgeben; immer voraus-

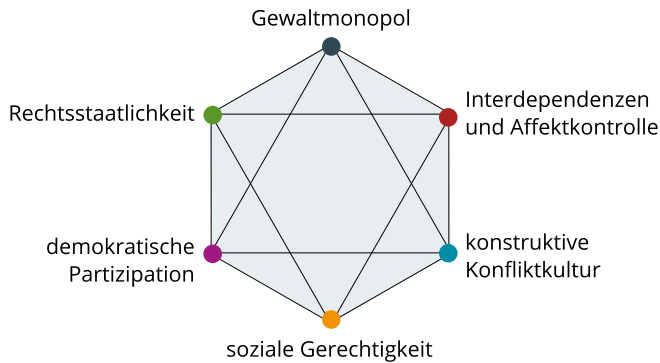
gesetzt, dass alle anderen dies auch tun. Die Vorstellung, dass der Mensch von Natur aus gewalttätig und seinen Mitmenschen gegenüber feindlich gestimmt ist, nahm auch der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) als Ausgangspunkt für seine Überlegungen zum „Ewigen Frieden“. Anders als Hobbes weist Kant dem Menschen jedoch die Eigenschaft der moralischen Vernunft zu. Diese ermögliche es, den kriegerischen Naturzustand zu überwinden, wenn sich daraus entsprechende Rechte und Gesetze entwickelten, an die sich alle Menschen halten. Zudem hatte Kant konkrete Vorstellungen davon, in welchem institutionellen Rahmen der Zustand des Friedens zu erreichen sei. So sei eine republikanische Verfassung die Voraussetzung, dass Menschen, die (auch) über ihr eigenes Schicksal entscheiden, weniger dazu neigen, einen Krieg zu führen. Darüber hinaus formulierte Kant erstmals die Idee eines Völkerbundes, in dem sich die Staaten dazu verpflichten, gegenseitig ihre Freiheit und Souveränität zu achten, was das Ideal eines „ewigen Friedens“ ermögliche.

Negativer und positiver Frieden

Die Vorstellung, dass Frieden einfach ein Zustand des „Nicht-Krieges“ ist, hat der norwegische Friedensforscher Johan Galtung im 20. Jahrhundert mit dem Begriff „negativer Frieden“ bezeichnet. Ein solcher negativer Frieden herrscht demnach, wenn es zu keiner „direkten, personalen Gewalt“ kommt. Von direkter Gewalt spricht man nach Galtung, wenn es einen eindeutig identifizierbaren Sender gibt, der die Folgen der Gewaltanwendung gezielt beabsichtigt. Dies kann beispielsweise durch eine offizielle Kriegserklärung dokumentiert werden. Negativer Frieden kann demnach durch einen Waffenstillstand oder jegliche andere Form der Beendigung einer gewaltförmigen Konfliktaustragung hergestellt werden. Wesentlich schwieriger zu erreichen ist der Zustand des „positiven Friedens“. Voraussetzung dafür ist es, dass es zu keiner „indirekten, strukturellen“ Gewalt kommt. Diese Form von Gewalt herrscht überall dort, wo Menschen unterdrückt, diskriminiert oder ungerecht behandelt werden, zum Beispiel weil sie keinen Zugang zu Bildung, einer angemessenen Gesundheitsvorsorge oder überlebenswichtigen Ressourcen erhalten. Hierbei muss es auch keinen bewussten „Täter“ geben, der diese Form der Gewalt gezielt anwendet. Eine Tatsache, die den Opfern struktureller Gewalt kaum Trost spendet. Positiver Frieden herrscht in der Folge dann, wenn es in allen Gesellschaftsbereichen keine personale

und keine strukturelle Gewalt gibt. Schnell wird deutlich, wie schwierig ein solcher Zustand zu erreichen ist. Voraussetzungen für eine friedliche Gesellschaft formulierte auch der deutsche Forscher Dietrich Senghaas. In seinem zivilisatorischen Hexagon benennt er sechs Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit dauerhafter Frieden möglich ist.

Das zivilisatorische Hexagon



Wikimedia, Lizenz: cc by-sa/3.0/de

- Das Monopol auf die Anwendung von Gewalt liegt ausschließlich beim Staat und nicht bei Stammesführern oder Kriegsherren.
- Die Bindung staatlichen Handelns an Recht und Gesetz ist garantiert (Rechtsstaatlichkeit).
- Es bestehen wechselseitige Abhängigkeiten (Interdependenzen) und die Fähigkeit, spontane Gefühlsregungen zu kontrollieren (Affektkontrolle).
- Die Möglichkeit der politischen und gesellschaftlichen Mitsprache ist im Sinne einer demokratischen Partizipation gegeben.
- Es herrscht soziale Gerechtigkeit.
- Das Gemeinwesen beruht auf einer Kultur des konstruktiven Umgangs mit Konflikten.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de
 > Gesellschaft > Bildung > Politische Bildung > Aufgabenfelder > Frieden, by-nc-nd/3.0/
 Autor: Uli Jäger für bpb.de

Die bildliche Darstellung des Hexagons macht deutlich, dass alle Faktoren miteinander verbunden sind und eine gegenseitige Abhängigkeit besteht. Zudem müssen alle gleichzeitig erfüllt sein. Ist zum Beispiel das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in einem Land nicht erfüllt, kann man sich als Bürger nicht gegen das Gewaltmonopol des Staates wehren, sollte es sich einmal unrechtmäßig gegen Unschuldige wenden.

Sicherheit im Wandel

Einen ähnlichen Wandel wie die Vorstellungen darüber, was unter Frieden zu verstehen ist, hat auch der Sicherheitsbegriff vollzogen. Traditionell verstand man unter Sicherheit die Aufgabe des Staates, sein Territorium und seine Bürger vor feindlichen Angriffen zu schützen, sei es durch andere Staaten oder Individuen. Dabei kam es zur Unterscheidung zwischen den Politikfeldern innere Sicherheit (Bekämpfung von Kriminalität) und äußere Sicherheit (Sicherheits- und Verteidigungspolitik). Dieses Verständnis von Sicherheit hat sich jedoch als zu eindimensional erwiesen. Zahlreiche Risiken, die das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit beeinflussen, werden dadurch nicht erfasst. In der Folge etablierte sich die Vorstellung einer „erweiterten Sicherheit“, mit der man sich auch auf Phänomene wie Terrorismus, Naturkatastrophen oder Ressourcenverknappung bezieht. Die Vereinten Nationen entwickelten vor diesem Hintergrund das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ (human security), das maßgeblich im Bericht über die menschliche Entwicklung im Jahr 1994 beschrieben wurde. Hierbei steht nicht mehr der Schutz des Staates im Mittelpunkt, sondern der des Individuums.

Im Internet



Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa www.unric.org/de

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg www.lpb-bw.de > Politikthemen > LpB nach Themen > Frieden und Sicherheit

Bayerischer Rundfunk – Thema: Vom Ende aller Kriege www.br.de > Radio > Bayern2 > alle Sendungen auf Bayern 2 > radioWissen > Ethik und Philosophie > Ethik und Philosophie von A-Z > Friedensentwürfe

Weiterdenken



- 1** „Frieden herrscht, wenn ...“ **Erläutern** Sie Ihre Vorstellung des Begriffs Frieden, indem Sie diesen Satzanfang in Einzelarbeit vollenden.
- 2** **Fassen** Sie die Friedensdefinitionen von Galtung und Senghaas in Partnerarbeit mit eigenen Worten **zusammen**. **Vergleichen** Sie die beiden Ansätze mit den Ergebnissen Ihres Kurses.
- 3** „Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.“ **Diskutieren** Sie dieses Zitat des römischen Politikers und Philosophen Marcus Tullius Cicero.



Mit einem Lastwagen verübte am 20. Dezember 2016 der islamistische Terrorist Anis Amri einen Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt.

Gewalt und Terrorismus

Auch wenn sich die Lage im Jahr 2017 leicht verbessert hat, so ist die Welt heute insgesamt deutlich weniger friedlich als vor zehn Jahren. So kann man die Ergebnisse des jüngsten „Global Peace Index“ zusammenfassen, der alljährlich vom australischen Institute for Economics and Peace (IEP) veröffentlicht wird. Dafür, dass die Zahl der Kriegstote in den letzten Jahren wieder gestiegen ist, ist hauptsächlich der Krieg in Syrien verantwortlich. Konflikte dieser Art sind auch ein Grund dafür, dass die Zahl der Flüchtlinge weltweit im Jahr 2017 den höchsten je gemessenen Stand erreicht hat. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) spricht von 68,5 Millionen Menschen. Zahlen des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) zufolge gab es 2017 weltweit 385 Konflikte.

Entwicklung des weltweiten Terrorismus

Nach den Ergebnissen des Global Terrorism Index (GTI), den das IEP jährlich präsentiert, wurden im Jahr 2017 in Westeuropa 81 Menschen bei Terroranschlägen getötet. Während die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch in Deutschland immer realer wird, sind die Opferzahlen global gesehen rückläufig. Mit 18.814 Menschen starben 2017 27 Prozent weniger als im Jahr 2014. Der Großteil aller Terroranschläge weltweit ereignete sich im Nahen Osten, in Afrika und in Südasien. Die Staaten mit den meisten Anschlägen waren Afghanistan, Irak, Nigeria, Somalia und Syrien. Laut GTI waren im Jahr 2017 die Terrororganisationen Islamischer Staat (IS), die Taliban, Al-Shabaab sowie Boko Haram die gefährlichsten Akteure weltweit. Allein der IS hatte im Jahr 2017 mehr als 4.000 Tote zu verantworten, die meisten davon im Irak.

Dort entstand der IS auch. Nach dem Irakkrieg, der 2003 unter Führung der USA begann, kam es dort zu einem Machtvakuum, das sich die Terrororganisation IS zunutze machte, die dann auch schnell weite Teile im Nordwesten des Iraks und im Nordosten Syriens eroberte. Ihr Wirken beschränkt sich nicht nur auf den Nahen Osten. Auch in Europa kommt es immer wieder zu Terroranschlägen, zu denen sich der IS bekennt, so zum Beispiel in Berlin und Brüssel 2016 oder in Barcelona und Manchester 2017. Seit 2017 hat der IS in seinem Kerngebiet jedoch zahlreiche militärische Niederlagen hinnehmen müssen.

nach: Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de > Politikthemen > Dossiers > Der Islamische Staat (IS)

Ursachen

Bei der Suche nach den Ursachen von Terrorismus gibt es zahlreiche Faktoren zu beachten. Am Beispiel des IS zeigt sich, dass terroristische Organisationen besonders in politisch instabilen Regionen entstehen, in denen ein schwacher Staat sein Gewaltmonopol nicht angemessen wahrnehmen kann. Auch in ökonomisch schwachen Ländern fällt den Terrorgruppen die Rekrutierung tendenziell leichter. Warum ein Mensch zu einem Terroristen wird, lässt sich nicht pauschal beantworten. Es lassen sich lediglich Faktoren erkennen, die eine Radikalisierung begünstigen. Insbesondere junge Menschen sind demnach gefährdet, von der Propaganda der Terrororganisationen beeinflusst zu werden. Verstärkt wird dieser Effekt, wenn sie sich strukturell benachteiligt fühlen und kaum Aussichten auf ein Leben in Wohlstand haben. „Relative Deprivation“ nennt man die Orientierung an subjektiven Vergleichen, bei denen man immer den Kürzeren zieht. Organisationen wie der IS schaffen es in der Folge, den Betroffenen eine neue Perspektive aufzuzeigen. Sie konstruieren ein Feindbild, das für die Situation der Menschen verantwortlich zu sein scheint und das mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Durch die Teilnahme an einem terroristischen Anschlag versprechen sich die Betroffenen einen Bedeutungszuwachs für ihr eigenes Dasein („Quest for Significance“). Sie sehen sich als Helden, die einer größeren Sache dienen. Umrahmt wird dieser Mechanismus in der Regel durch eine Ideologie, zum Beispiel dem extremen Islamismus.

Nach den Anschlägen des IS in Paris im November 2015, bei denen 130 Menschen getötet wurden, kommentierte der Journalist René Wildangel die möglichen Reaktionen darauf.



Neue Politik statt neuer Krieg

„Der Ruf nach geschlossenen Grenzen ist nicht die einzige unmittelbare Reaktion auf die Anschläge. Schon werden auch in Deutschland neue Forderungen erhoben, die finanzielle Ausstattung und die Befugnisse von Sicherheitsbehörden auszuweiten. Zweifelsohne sind eine vernünftig ausgestattete Polizei, Justiz und Geheimdienste notwendig, um die Bevölkerung schützen zu können, terroristische Mörder zu verfolgen und sie zu verurteilen. Ebenso wichtig ist eine international koordinierte militärische Strategie gegen den IS (...). Aber die neuerliche Ausrufung eines ‚Kriegs gegen den Terror‘ ist dabei nicht hilfreich. 14 Jahre ist es her, dass der damalige US-Präsident George W. Bush die Anschläge des 11. Septembers ebenfalls einen ‚Kriegsakt‘ gegen Amerika nannte und einen weltweiten Krieg gegen den Terrorismus ausrief. Die Diskussion über Sicherheit änderte sich grundlegend (...). Die Bürger haben sich nicht nur daran gewöhnen müssen, an Flughäfen verschärft kontrolliert, sondern auch im öffentlichen Raum videoüberwacht und in ihrem E-Mail- und Telefonverkehr überwacht zu werden. Der Patriot Act in den USA und ähnliche Gesetze in anderen Ländern haben die Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt, während die Sicherheitsbehörden immer größere Freiheiten erhielten. Das meiste davon ist bis heute in Kraft. Der 11. September legitimierte nicht nur die US-geführte Invasion in Afghanistan, sondern letztlich auch den Einmarsch im Irak 2003. Die Jahre der Präsenz amerikanischer Truppen waren von einem völligen Fehlen einer politischen Strategie gekennzeichnet. Das mündete in ethnisch-religiösen Spannungen und schließlich in einem schrecklichen Bürgerkrieg. Die gesellschaftliche und staatliche Struktur des Irak (...) zerfiel vollständig. Nichts hat die Entstehung des ‚Islamischen Staates‘ so stark gefördert wie die Ausgrenzung und Erniedrigung der Sunniten im Irak in den rechtsfreien US-Verliesen in Abu Ghraib und Camp Bucca. Die Bilanz des ‚Kriegs gegen den Terror‘ ist ernüchternd.“

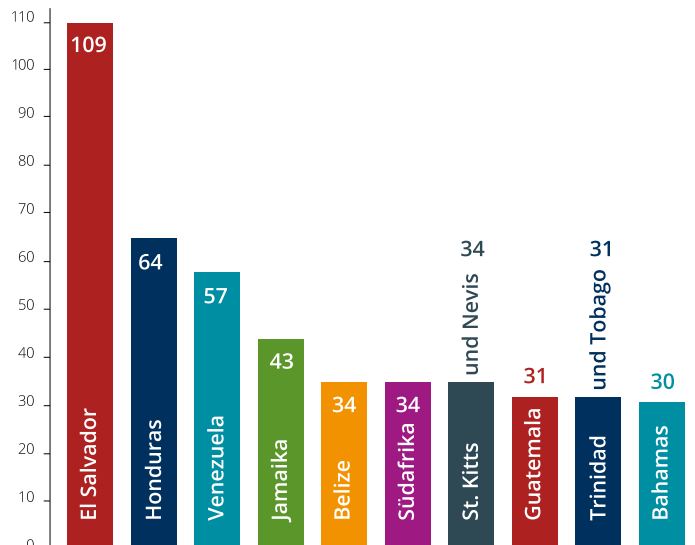
Quelle: René Wildangel: „Neue Politik statt neuen Krieg“, www.zeit.de, 20. November 2015

Die gefährlichsten Länder der Welt

Nicht nur Kriege, Konflikte oder Terroranschläge bedrohen die menschliche Sicherheit. In keinem Land gibt es so viele Gewaltdelikte außerhalb von Kriegsgebieten wie in El Salvador. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden sind die Ursache für die höchste Mordrate weltweit.

Mordraten weltweit

Morde pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015



Quelle: United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) 2018, www.unodc.org

Im Internet



Global Terrorism Index des Institute for Economics and Peace <http://globalterrorismindex.org>

Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de > Aus Politik und Zeitgeschichte 2016 > Terrorismus

Weiterdenken



- 1** Fassen Sie die Informationen zum Begriff Terrorismus in einer Mindmap **zusammen**.
- 2** **Recherchieren** Sie arbeitsteilig Informationen zu den größten Terrororganisationen Al-Qaida, Islamischer Staat, Taliban und Boko Haram, und bereiten Sie eine Präsentation mit folgender Gliederung vor: 1) Entstehung, 2) Ziele, 3) Gegner und Unterstützer, 4) aktuelle Entwicklungen.
- 3** **Sammeln** Sie Informationen zu den in Deutschland verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzen, und **erläutern** Sie im Plenum, inwiefern sich darin der Konflikt von Sicherheit und Freiheit widerspiegelt.
- 4** Kann Terrorismus militärisch bekämpft werden? **Erörtern** Sie diese Fragestellung vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Arbeitsergebnisse.



Medienwirksame Zerstörung von Handfeuerwaffen im Rahmen einer Abrüstungskampagne.

Waffen und Rüstung

Der technische Fortschritt und die enge globale Vernetzung wirken sich auch auf Waffensysteme und die Kriegsführung aus. Daraus ergeben sich neben den bestehenden Gefahren durch bewaffnete Konflikte und Massenvernichtungswaffen neue Bedrohungspotenziale, neue Akteure sowie neue Herausforderungen für Prävention, Abwehr und Friedenssicherung.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Unter dem Begriff der Massenvernichtungswaffen werden bestimmte atomare, radiologische, chemische und biologische Kampfmittel bezeichnet, die dazu geeignet sind, sehr viele Menschen zu verwunden oder zu töten sowie ihre Lebensräume zu zerstören und nachhaltig unbewohnbar zu machen. Eine Vielzahl von Staaten auf der Welt verfügt über Massenvernichtungswaffen. Von einigen Waffensystemen wie Atomwaffen liegen relativ sichere Daten und Verbreitungsinformationen vor (siehe Tabelle). Bei anderen Massenvernichtungswaffen wie chemischen und biologischen Kampfstoffen ist der Nachweis von Entwicklung und Besitz deutlich schwieriger. Denn für ihre Entwicklung und Lagerung werden keine großen Anlagen benötigt. Biologische Waffen wie Viren oder Bakterien werden in Laboren hergestellt, die überall auf der Welt sein können. Diese Problematik stellt internationale Abkommen und Kontrollmechanismen vor große Herausforderungen. Denn in einer globalisierten Welt, in der sich Menschen, Waren und Dienstleistungen immer schneller und flexibler fortbewegen, sind auch die Waffen und ihre Entwicklung Globalisierungsprozessen unterworfen. Sowohl staatliche Akteure als auch regionale Gruppen und Terroristen können über Massenvernichtungswaffen verfügen.

Neue Waffen – neue Kriege?

Das Internet stellt eine neue Dimension dar, in der Kriege geführt werden können. Dabei richten sich die Angriffe durch Cyberwaffen wie Computerviren und Bots gegen Regierungsnetzwerke, Infrastruktur oder geheime Forschungsanlagen. Sie können aber auch dem Ausspähen von Informationen oder Datenmanipulation sowie der Desinformation dienen. Urheber können Einzelne, Terroristen, nichtstaatliche Gruppen oder Regierungen sein. Für einen Computerangriff werden nur wenige „Kämpfer“ benötigt, um einen massiven Schaden anzurichten. Sie operieren im virtuellen Raum und sind damit auch nur selten zurückzufolgen, denn sie müssen zur Kriegsführung nicht die Grenzen ihres Landes beziehungsweise ihren Aufenthaltsort verlassen. Umso schwieriger ist die Abwehr derartiger Angriffe. Bisher gibt es kein internationales Abkommen, das die Aufrüstung im virtuellen Raum kontrolliert und reguliert.

Neben der neuen Dimension des Cyberangriffs sind durch den technologischen Fortschritt neue Waffensysteme entwickelt worden, die die Massenarmee des 20. Jahrhunderts ergänzen oder zukünftig ablösen werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Effizienz und Präzision der Waffensysteme, um in einer kriegerischen Auseinandersetzung möglichst große Zerstörung bei minimalem Einsatz zu erreichen. Industriell fortschrittliche Länder setzen Hightech-Waffen wie Drohnen ein, um mithilfe von Satellitenbildern Ziele zu zerstören. Die Piloten müssen sich hierfür nicht der direkten Konfrontation im Luftraum aussetzen, sondern operieren von eigenem Gebiet aus in den Konflikten. Waffensysteme, die ohne eine menschliche Steuerung agieren, werden bereits getestet, in der Luft und als unbemannte U-Boote. Verluste betreffen dann aufseiten der Angreifer nur noch das Material, das bei kleineren Drohnen leicht mit einem 3D-Drucker neu erstellt werden kann.

Beispiele für Massenvernichtungswaffen

Kampfmittel	Verbreitung	Völkerrechtliche Grundlagen, Abkommen, Institutionen	Aktuelle Entwicklungen
Atomwaffen	Offizielle Atommächte: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, Indien (seit 1974) und Pakistan (seit 1979) sowie Israel (seit etwa 1967). Nordkorea und der Iran stehen unter begründetem Verdacht, im Besitz von Atomwaffen zu sein.	Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen aus dem Jahr 1968, der von 190 Staaten unterzeichnet wurde. Nicht unterzeichnet haben Indien, Pakistan, Israel und der Südsudan. Nordkorea ist von dem Vertrag 2003 zurückgetreten. Vertrag über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen wurde 1996 durch eine UN-Resolution angenommen und ist von 183 Staaten unterzeichnet und bisher von 166 Staaten ratifiziert worden. Ein Zusatz legt fest, dass 44 besonders wichtige Staaten den Vertrag ratifizieren müssen, bevor dieser in Kraft treten kann. Bisher fehlen acht Staaten, unter anderem Iran, die USA, Indien, Pakistan und Nordkorea. Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien, die seit 1957 Inspektionen gegen den Missbrauch von Nuklearmaterial für militärische Zwecke durchführt.	Im Jahr 2018 hat der US-amerikanische Präsident Trump das unter seinem Amtsvorgänger Obama 2015 in Zusammenarbeit mit Großbritannien, Frankreich, China, Russland und Deutschland erzielte Abkommen mit dem Iran gekündigt.
Chemische Waffen	Über 90 Prozent aller bekannten Chemiewaffen und deren Lager sind bereits durch die Nationalstaaten unter internationaler Kontrolle vernichtet worden. 192 Staaten haben sich hierzu vertraglich verpflichtet.	Übereinkommen über das Verbot von Entwicklung, Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen ist 1992 in Kraft getreten. Durch den Vertrag werden die Staaten verpflichtet, innerhalb festgeschriebener Fristen ihre chemischen Waffen unter internationaler Kontrolle sicher und nachhaltig zu vernichten. Überprüfung und Umsetzung des Abkommens durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen. Dem Vertrag nicht beigetreten sind Ägypten, Israel, Nordkorea und der Südsudan.	Berichte über den Einsatz von chemischen Waffen in Syrien lassen an der vollständigen Offenlegung und Vernichtung der Massenvernichtungswaffen zweifeln. Anschläge werden nach internationalen Untersuchungen sowohl der syrischen Regierung als auch Kämpfern des Islamischen Staats und lokalen Milizen zugeordnet.
Biologische Waffen	200 potenziell waffenfähige Erreger, Toxine und biologische Agenzien (das heißt biologische Erreger, die schwere Krankheiten verursachen). Für einen Anschlag kommen maßgeblich zwölf Stück infrage („Das dreckige Dutzend“). Sie lassen sich einfach verbreiten, leicht übertragen und sind besonders tödlich. Beispiele: Pocken-, Milzbrand- und Pesterreger, aber auch genmanipulierte Erreger, die resistent gegenüber Antibiotika sind.	Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen aus dem Jahr 1975, das 175 Staaten gezeichnet haben, darunter alle Mitglieder der Europäischen Union und der NATO. Die Anwendung des Vertrags wird im Fünfjahresrhythmus durch Konferenzen überprüft.	Über die Entwicklung und Verbreitung von biologischen Waffen gibt es keine belastbaren Daten. Sie sind potenzielle Gefahren besonders in den Händen von Terroristen.
Landminen und Streumunition	Aktuell gibt es zwölf Staaten, die Landminen produzieren. Ein Großteil von ihnen behält sich das Recht der Produktion vor, führt diese aber nicht durch. Nach internationalen Untersuchungen stehen Indien, Myanmar und Pakistan in Verdacht, aktiv Landminen zu produzieren. Auch nichtstaatliche Gruppen stellen Minen her. Streumunition wird aktuell in 17 Staaten hergestellt, beziehungsweise diese behalten sich das Recht zur Produktion vor. Sie sind dem Abkommen nicht beigetreten.	Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung von 1997, das 1999 in Kraft getreten ist. Übereinkommen über das Verbot von Streumunition , das Einsatz, Entwicklung, Herstellung, Lagerung sowie Im- und Export von Streumunition verbietet. Das Übereinkommen trat 2010 in Kraft und ist von 118 Staaten unterzeichnet und von 99 ratifiziert worden. Bisher nicht beigetreten sind unter anderem die USA, Russland und China.	Ursprünglich nicht in der engeren Definition von Massenvernichtungswaffen enthalten. Landminen und Streumunition sind in aktuellen Krisen und Konflikten im Einsatz, zum Beispiel in Afghanistan oder ehemals besetzten Gebieten des Islamischen Staates.

nach: Auswärtiges Amt, www.auswaertiges-amt.de > Außenpolitik > Themen > Abrüstungskontrolle, Bundesministerium der Verteidigung: www.bmvg.de > Themen > Friedenssicherung, Rüstungskontrolle, Bundeszentrale für politische Bildung und Bonn International Center for Conversion: <https://sicherheitspolitik.bpb.de>.
Themenmodul Konventionelle Waffen

Im Internet



Auswärtiges Amt
www.auswaertiges-amt.de
(besonders: Start > Außen- und Europapolitik > Themen > Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Start > Außen- und Europapolitik > Themen > Cyberaußenpolitik)

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) www.iaeo.org

Weiterdenken



- 1** Stellen Sie die Abkommen und Verträge zur Kontrolle und Vernichtung von Massenvernichtungswaffen in einem Zeitstrahl dar. **Ergänzen** Sie weitere Übereinkommen durch eine kurze Recherche im Internet, und notieren Sie historische und politische Ereignisse, die zu den Verträgen geführt haben könnten.
- 2** **Führen** Sie eine Punktabfrage durch, von welcher der genannten Massenvernichtungswaffen Ihrer Meinung nach die größte Gefahr ausgeht. **Werten** Sie im Anschluss gemeinsam das Ergebnis aus, und erarbeiten Sie eine kurze Begründung für das Ranking.
- 3** **Diskutieren** Sie gemeinsam den Wandel von Waffensystemen und Kriegsführung durch den technologischen Fortschritt in den letzten Jahren. Welche neuen Gefahren und potenzielle Bedrohungen ergeben sich und welche Bedeutung werden multilaterale Verträge zukünftig haben?



Armut und Reichtum liegen in wirtschaftlich aufstrebenden Staaten wie Indien auch räumlich nah beieinander.

Armut und Globalisierung

„Armut ist die schlimmste Form der Gewalt“ – dieses Zitat des indischen Pazifisten Mahatma Gandhi verdeutlicht die verheerenden Folgen, die fehlende materielle Grundlagen für den Einzelnen haben können. Trotz global sinkender Zahlen ist und bleibt Armut ein Schlüsselproblem der Gegenwart. Die Globalisierung, also die weltweite wirtschaftliche und kulturelle Vernetzung, spielt dabei eine umstrittene Rolle.

Was ist Armut?

Jeder Mensch, der in Armut lebt, empfindet seine Situation und die Folgen, die sich daraus ergeben, anders. Dennoch haben sich bestimmte Definitionen durchgesetzt, mit denen der Zustand Armut messbar geworden ist. Grundlegend unterscheidet man dabei zwischen absoluter und relativer Armut. Absolute Armut bedeutet, dass die Grundversorgung der betroffenen Menschen nicht gesichert ist. Einer Berechnung der Weltbank zufolge betrifft dies alle Menschen, denen täglich weniger als 3,20 US-Dollar Kaufkraft zur Verfügung stehen. Die Darstellung dieser Grenze in

US-Dollar soll einen internationalen Vergleich ermöglichen. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass die Betroffenen täglich nicht die Menge an Gütern kaufen können, die in den USA 3,20 Dollar kosten würde. Von extremer Armut spricht man, wenn dieser Wert bei 1,90 Dollar liegt. In Deutschland beispielsweise gäbe es nach dieser Definition de facto keine Armut. Mit dem Konzept der relativen Armut hat man eine Messgröße geschaffen, die auch in Industrieländern angewendet werden kann. Die Referenzgröße bildet hierbei das mittlere Einkommen in dem entsprechenden Land. Wer weniger als 60 Prozent dieses Betrages zur Verfügung hat, gilt dementsprechend als arm. Für eine Einzelperson lag dieser Wert in Deutschland im Jahr 2017 bei 1.096 Euro im Monat.

Gewinner der Globalisierung

Während im Jahr 1981 noch 44 Prozent der Weltbevölkerung (zwei Milliarden Menschen) von extremer Armut betroffen waren, sank dieser Wert bis 2015 auf unter zehn Prozent (700 Millionen Menschen). Dennoch sind dabei enorme regionale Unterschiede festzustellen. Im ostasiatischen Raum sank der Wert von 80,6 auf 7,2 Prozent. Allein in China reduzierte sich die Zahl der Menschen in extremer Armut zwischen 1981 und 2011 nach Angaben der Weltbank um 753 Millionen. Das riesige Land gilt dabei als ein großer Gewinner der Globalisierung. Unter diesem Begriff versteht man die zunehmende weltweite Vernetzung von Märkten für Güter, Dienstleistungen und Kapital. Neue Kommunikations- und Transporttechniken ermöglichten diese Entwicklung.

Leben in Armut

Regionen	Naher Osten und Nordafrika	Ostasien und Pazifik	Europa und Zentralasien	Lateinamerika und Karibik	Südasien	Afrika südlich der Sahara
chronische Unterernährung bei Kindern unter 5 Jahren von 2010 bis 2016	24,2 %	17,8 %	13,1 %	12,8 %	37,4 %	36,4 %
von je 1.000 Kindern sterben vor dem 5. Lebensjahr	35 Kinder	17 Kinder	17 Kinder	17 Kinder	46 Kinder	77 Kinder
durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum von 2015 bis 2020 (Prognose)	1,9 %	0,9 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	2,7 %
Durchschnittsalter der Bevölkerung von 2006 bis 2016	24,3 Jahre	34,3 Jahre	32,2 Jahre	29,2 Jahre	26,1 Jahre	18,3 Jahre
Anteil der alphabetisierten Bevölkerung, 15 Jahre und älter	77,3 %	94,4 %	98,2 %	92,8 %	68,7 %	59,9 %

Daten: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP): Bericht über die menschliche Entwicklung, Human Development Index 2018

So ist es durch das Internet möglich, weltweit in Echtzeit und ohne hohe Kosten zu kommunizieren. Auch die Kosten für den weltweiten Transport von Gütern sanken in den vergangenen Jahrzehnten erheblich. Ab 1978 öffnete sich China schrittweise dem Westen. Die hoch entwickelten Industriestaaten bekamen daher die Möglichkeit, ihre Produktionsstätten, vor allem für Kleidung und Spielzeug, nach China zu verlagern, wo wesentlich billiger produziert werden konnte. Durch den wachsenden Reichtum der Chinesen wurde das Land auch ein interessanter Absatzmarkt für westliche Produkte, vor allem aufgrund der Einwohnerzahl des Landes. So entwickelte sich China von einem planwirtschaftlichen Agrarstaat zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Trotz aller Erfolge bei der Beseitigung von Armut ist China ein sozial gespaltenes Land. Einer gewachsenen Oberschicht mit rund 1,6 Millionen Millionären steht eine nach wie vor verarmte Landbevölkerung gegenüber. Die Armutsbekämpfung bleibt daher ein zentrales Anliegen der chinesischen Regierung. Bis 2020 soll es keine Armut mehr geben, wie es im aktuellen Fünfjahresplan heißt.

Verlierer der Globalisierung

Die Entwicklung Chinas ist beispielhaft für die enorme wirtschaftliche Dynamik des ostasiatischen Raumes, die zum starken Rückgang der extremen Armut in dieser Region geführt hat. Ganz anders sieht dies auf dem afrikanischen Kontinent aus, insbesondere in der Region südlich der Sahara. Dort lebten in absoluten Zahlen im Jahr 2012 mehr Menschen in extremer Armut als 1990 (389 gegenüber 288 Millionen), wobei sich der Anteil der Menschen in extremer Armut an der Gesamtbevölkerung von 56,8 auf 42,7 Prozent reduzierte. Als Gründe für die anhaltende Armut in diesen Staaten werden eine schlechte Infrastruktur, Korruption innerhalb der regierenden Eliten, fehlende Rechtssicherheit oder eine leistungsschwache Verwaltung genannt. Doch auch hier lassen sich Effekte des Welthandels und der Globalisierung feststellen, jedoch unter anderen Vorzeichen als beispielsweise in China. So leiden viele Länder unter den billigen Importen aus der Europäischen Union, vor allen Dingen im Sektor der Landwirtschaft. Die EU subventioniert ihre Bauern mit rund 60 Milliarden Euro pro Jahr. Das hat zur Folge, dass die Bauern mehr produzieren als eigentlich in Europa benötigt wird. Die Überproduktion führt dazu, dass europäische Erzeugnisse in Afrika weit unter den Preisen der örtlichen Produkte angeboten werden können. Einheimische Produzenten und Märkte werden so ruiniert und die Menschen in Arbeitslosigkeit und ohne soziale Sicherungssysteme in Armut getrieben. Aufgrund von Freihandelsverträgen haben die afrikanischen Länder nicht die Möglichkeit, Strafzölle auf europäische Produkte zu erheben, um damit die heimische Wirtschaft zu schützen und zu entwickeln.

Muss man Kleidung aus Bangladesch boykottieren?



„Die meisten internationalen Modemarken lassen in Bangladesch produzieren. Und zwar nicht nur die Billigketten, sondern auch die Luxus-Labels. Denn die Arbeitslöhne sind dort unschlagbar billig. Arbeitskräfte, die sich ausbeuten lassen, um zu überleben, stehen in dem überbevölkerten Land Schlange. Außerdem lassen sich in diesem korrupten Staat Sozial- und Umweltstandards leicht umgehen. Soll man deshalb Mode aus Bangladesch boykottieren? Nein, soll man nicht. Das wäre das Schlimmste, was den Näherinnen passieren könnte. Denn die Textilindustrie hat das Land nach vorne gebracht, es lebt von der Branche – und baut seine Zukunft darauf auf. (...) Gerade Frauen haben von der Textilindustrie profitiert. Sie waren nichts wert in Bangladesch, durften nicht zur Schule, wurden oft schon mit 14 Jahren verheiratet. Jetzt sind sie die Hauptnährerinnen der Familie – wertvoll und wichtig. Hört man auf, deutsche Standards anzulegen, und vergleicht den Lohn der Näherinnen mit anderen Berufen im Land, gehören die Textilarbeiterinnen zu den Gutverdienern. Also die Billig-T-Shirts kaufen? Auch an dieser Stelle ein klares Nein. T-Shirts für einen Euro muss man boykottieren. Wer die kauft, der sorgt dafür, dass sich nichts ändert an der Sklavenarbeit. (...) Hinschauen, Druck machen, einfordern: Das ist unsere Pflicht. In der globalisierten Welt müssen die wohlhabenden Industriestaaten Verantwortung für die Entwicklungsländer übernehmen. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die Näherinnen in Bangladesch unter menschenwürdigen Bedingungen und zu fairen Löhnen für uns arbeiten. Denn wenn wir die Lebensumstände der Menschen in ihren Heimatländern nicht verbessern, kommt es zu jenen Flüchtlingsbewegungen, wie wir sie gerade erleben. Dann machen sich die Menschen auf zu uns. In die Länder, in denen sich die Menschen eine einzige Jeans für 100 Euro leisten können. Diese Summe verdienen sie meist nicht mal im Monat.“

Quelle: Andrea Kümpfbeck: „Muss man Kleidung aus Bangladesch boykottieren?“, Augsburg Allgemeine, 15. Oktober 2015, www.augsburger-allgemeine.de

Im Internet



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
www.bmz.de

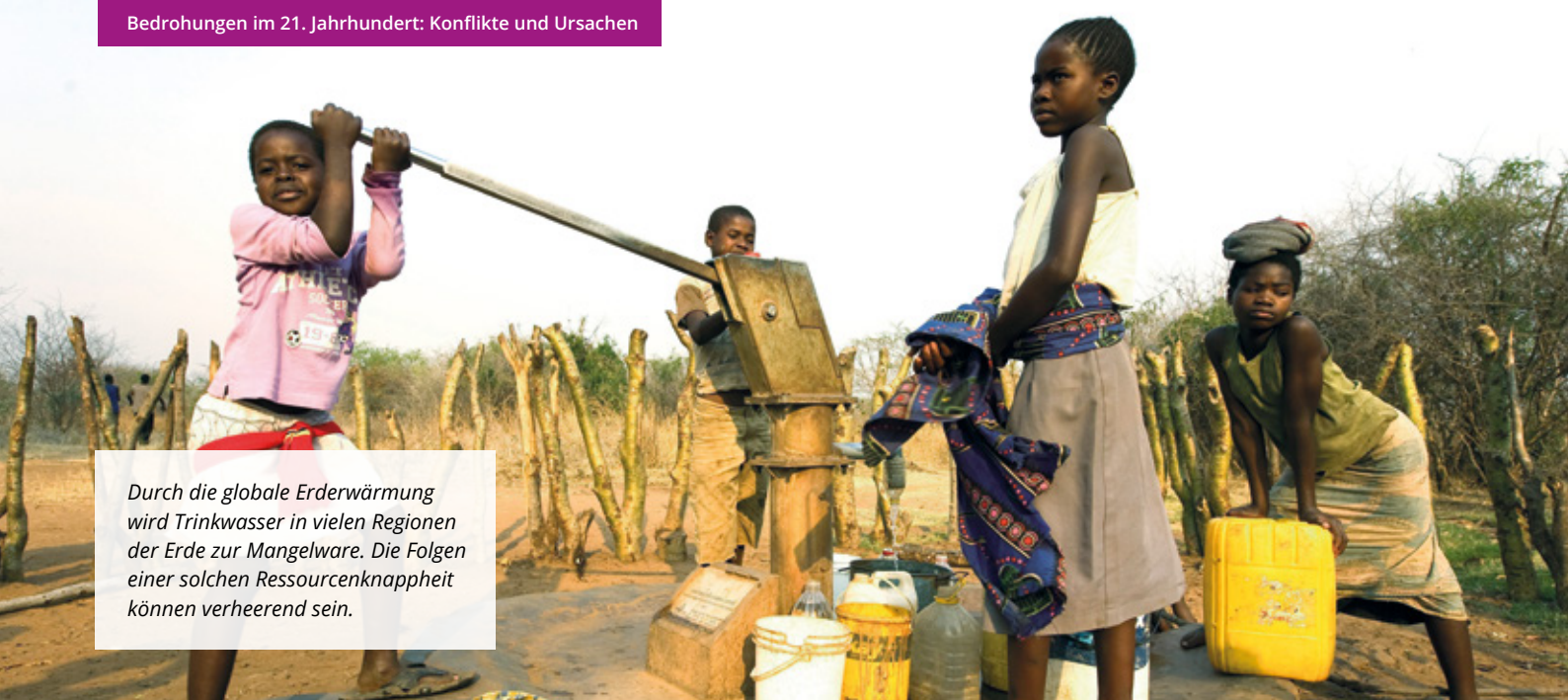
Hamburger Bildungsserver
www.bildungsserver.hamburg.de >
Themenschwerpunkte > Globalisierung

Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de > Nachschlagen >
Zahlen und Fakten > Globalisierung

Weiterdenken



- 1** Fassen Sie in Einzelarbeit **zusammen**, welchen Einfluss die Globalisierung auf die Entwicklung der Armut weltweit hat.
- 2** **Recherchieren** Sie in Gruppenarbeit, welche Menschen in Deutschland ein besonders hohes Armutsrisiko haben. **Entwickeln** Sie politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Deutschland, und **beurteilen** Sie diese anhand der Kategorien Effizienz und Legitimität.
- 3** Muss man Kleidung aus Bangladesch boykottieren? **Arbeiten** Sie die im Text genannten Argumente in Gruppenarbeit **heraus**, und **ergänzen** Sie diese um eigene Ansätze. **Sammeln** Sie in zwei Gruppen die entsprechenden Ansätze, und **führen** Sie darauf aufbauend im Plenum eine **Pro-und-Kontra-Diskussion**.



Durch die globale Erderwärmung wird Trinkwasser in vielen Regionen der Erde zur Mangelware. Die Folgen einer solchen Ressourcenknappheit können verheerend sein.

Umweltzerstörung und Klimawandel

Die Folgen von Klimawandel und Umweltzerstörung betreffen nicht nur die Natur. Die entstandenen Ressourcenknappheiten führen auch zu sozialen und politischen Konflikten, die immer öfter gewaltsam ausgetragen werden. Ein Blick in die nahe Zukunft zeigt, dass Klimakonflikte weiterhin ein bestimmendes Thema der internationalen Politik sein werden.

Das Beispiel Nigeria

Im nigerianischen Bundesstaat Benue treffen die nomadischen Viehzüchter des Stammes der Fulani, die in den trockenen Sommermonaten ihre Tiere auf die Wiesen der wasserreicheren Region treiben, die dort sesshaften Bauern. Doch durch höhere Bevölkerungszahlen und die Folgen des Klimawandels sind die überlebenswichtigen Ressourcen der Region knapp geworden – zu knapp, um sowohl die Bauern als auch die Viehzüchter zu versorgen. Der daraus resultierende Kampf um Wasser und Land wird mit zunehmender Brutalität geführt. Allein 80 Morde zählte man im Januar 2018 in Benue, die zumeist von verfeindeten Bauern und Viehzüchtern, die sich um den Zugang zu Wasser und Futtermitteln stritten, an Mitgliedern der jeweils anderen Gruppe verübt wurden. Konflikte dieser Art finden sich in der gesamten Sahelregion im Westen Afrikas. Gekämpft wird hier nicht um Territorium oder aufgrund religiöser Konflikte, sondern um den Zugang zu Ressourcen.

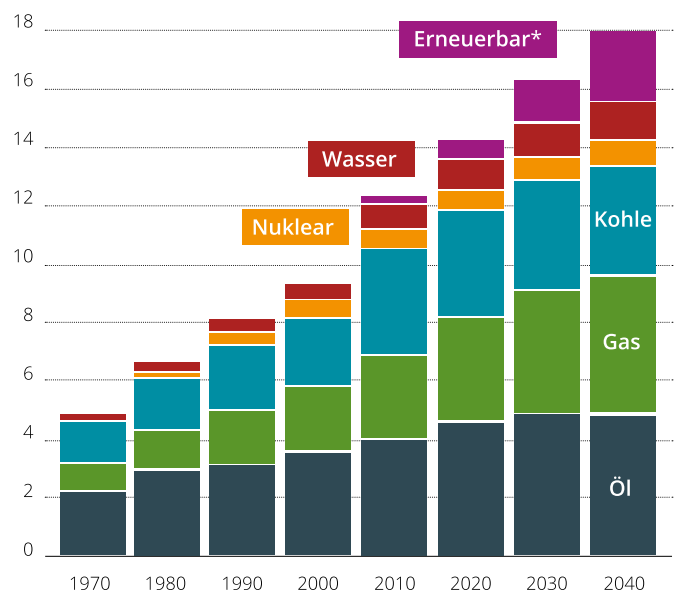
Ausblick

Die sich abzeichnende Wasserarmut in heißen Regionen wird sich in Zukunft weiter verschärfen. Laut dem jüngsten Weltwasserbericht der Vereinten Nationen wird die Zahl der Menschen, die von Wassermangel bedroht sind, von heute 3,6 Milliarden auf 5,7 Milliarden im Jahr 2050 steigen. Die Gründe dafür liegen zum einen im Klimawandel, der zu Dürren, Fluten und der Versalzung

von Wasservorkommen führt und somit das Angebot an Trinkwasser reduziert. Zum anderen steigt die Nachfrage nach Wasser aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungs- und Schwellenländer. Ungefähr acht Milliarden Menschen werden im Jahr 2030 auf der Erde leben, was zu einem enormen Anstieg des Energiebedarfs führt.

Der Energiehunger der Welt

Weltweiter Primärenergiebedarf nach Energieträger (in Milliarden Tonnen Öläquivalent)



* Wind, Solar, Erdwärme, Biomasse und Biokraftstoff
Zahlen: BP Energie Outlook 2018

Das Schaubild zeigt, dass auch im Jahr 2040 ungefähr drei Viertel der Energie aus fossilen Rohstoffen stammen werden. Dies macht den Zugang zu Öl, Kohle und Gas zu einem weiterhin konfliktträchtigen und politisch brisanten Thema, vor allem, weil 2030 rund zwei Drittel der Öl- und Gasförderung aus den Golfstaaten sowie dem Iran und dem Irak kommen werden. In der Folge ist die Kontrolle der Pipelines und Schiffsrouten für die importierenden Staaten von entscheidender Bedeutung.

Das Pariser Abkommen

Diese Ziele hat die Weltgemeinschaft zuletzt im Rahmen des Pariser Abkommens im Jahr 2015 definiert. Die 195 Länder, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, einigten sich darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Angestrebt wird ein 1,5-Grad-Ziel. Das Besondere an diesem Abkommen ist, dass auch Staaten wie die USA oder China zugestimmt haben. Zuvor hatten sich die beiden größten Verursacher von CO₂ nicht auf entsprechende Einschränkungen festlegen wollen. Ein Verstoß gegen die einzelnen Maßnahmen, die man in diesem Abkommen beschlossen hat, bleibt straffrei. Es handelt sich also um eine freiwillige Selbstverpflichtung der unterzeichnenden Länder. Seit 4. November 2016 ist der Vertrag offiziell in Kraft getreten. Die US-Regierung unter Präsident Trump hat im Jahr 2017 angekündigt, aus dem Vertrag im November 2019 wieder auszusteigen.

Auszug aus einem Interview mit der Präsidentin der Welthungerhilfe Bärbel Dieckmann und dem Umwelthistoriker Konrad Ott auf klimaretter.info:



Debatte

„Als Flüchtlinge sind laut Genfer Flüchtlingskonvention nur Menschen anerkannt, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder ihrer politischen Meinung verfolgt werden. Umwelt- und Klimaschäden werden nicht als Fluchtgrund anerkannt. Sollte das geändert werden? Wer könnte das tun?“

Konrad Ott: *Hier kommt es erst einmal darauf an, den Begriff eines Klima- oder Umweltflüchtlings zu definieren. Je nach Definition schwankt die Zahl der Personen erheblich. Dann wäre zu überlegen, wie die sehr zahlreichen Begründungen überprüft werden sollen, mit denen Menschen die Anerkennung als Klimaflüchtlinge erreichen wollen. Über Krieg und politische Verfolgung lassen sich noch Urteile fällen, aber Umweltveränderungen sind so komplex, dass am Ende alle als Klima- oder Umweltflüchtlinge anerkannt werden müssten, die die entsprechenden, meist nicht überprüfbaren Begründungen anführen. Ich habe keine Ahnung, wie wir dann zu einer Anerkennungspraxis gelangen könnten. Ich sehe die Ausweitung der Fluchtgründe mittlerweile eher kritisch. Ich bin gerade dabei, die Begriffsbildung zu reflektieren, und es türmen sich Probleme über Probleme auf. Bevor wir uns dieser Probleme nicht wenigstens vergewissert haben, würde ich von wohlmeinenden, aber naiven Kampagnen abraten.*

Bärbel Dieckmann: *Es gibt nur sehr selten eine einzige Fluchtursache. Soziale Benachteiligung führt oft zu prekären wirtschaftlichen Situationen und kann ein Anstoß zur Flucht sein. Die Ernährungs- und Einkommenslage wird sich in vielen Gebieten durch den Klimawandel zusätzlich verschlechtern. Eine neue Kategorie wird daran nichts ändern. Für die Betroffenen ist der Auslöser der Flucht am Ende nicht wichtig. Sie brauchen eine Perspektive, wie sie ihr Leben in ihrer Heimatregion wieder selbst in die Hand nehmen und gestalten können.“*

Quelle: Susanne Götzte: „Klimaflüchtlinge anerkennen hilft nicht“, Interview vom 18. Juli 2016, klimaretter.info

Klimamigration

Verschlechtern sich die Lebensumstände von Menschen aufgrund der Folgen des Klimawandels derart, dass ihnen jegliche Lebensgrundlage entzogen wird, bleibt oftmals keine andere Möglichkeit als die Flucht. Dies kommt besonders häufig in Entwicklungsländern vor, die nicht über die nötige Infrastruktur verfügen, um sich gegen Überschwemmungen oder Dürren schützen zu können. Suchen sich die Betroffenen innerhalb ihrer Landesgrenzen ein neues Zuhause, spricht man von Binnenmigration, zum Beispiel in Bangladesch, wo die Küstenregionen aufgrund des steigenden Meeresspiegels zunehmend unbewohnbar werden. Doch nicht nur innerhalb der Landesgrenzen sind Fluchtbewegungen zu beobachten, auch international nimmt die Zahl sogenannter Klimaflüchtlinge zu. Die Schätzungen über die Anzahl zukünftiger Klimaflüchtlinge gehen auseinander. Zahlreiche NGOs und auch die Bundesregierung rechnen mit bis zu 200 Millionen Flüchtlingen in den kommenden Jahren. Dabei ist der rechtliche Status der Betroffenen noch ungeklärt. Weiter ist ungeklärt, wie diese große Anzahl von Menschen in möglichen Aufnahmeländern mittelfristig ernährt, mit Wohnraum versorgt, qualifiziert und in die Arbeitsmärkte integriert werden kann.

Im Internet



Informationen des Hamburger Bildungsservers über den Klimawandel und dessen Folgen
www.hamburger-bildungsserver.de

Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung www.pik-potsdam.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit www.umwelt-im-unterricht.de

Weiterdenken



- 1** **Fassen** Sie in Einzelarbeit **zusammen**, welche politischen Herausforderungen aus dem Klimawandel entstehen.
- 2** **Arbeiten** Sie in Gruppen die Stärken und Schwächen des Pariser Abkommens **heraus**. **Recherchieren** Sie dazu, mit welchen Mitteln die Akteure ihre Klimaziele umsetzen wollen. **Verfassen** Sie anschließend eine entsprechende **Stellungnahme**, in der Sie die Maßnahmen bewerten.
- 3** Sollten Umwelt- und Klimaschäden als Fluchtursache anerkannt werden? **Ermitteln** Sie die Argumente dafür und dagegen, **ergänzen** Sie diese durch eigene Ansätze, und **diskutieren** Sie im Kurs.



Bei Luftangriffen im Jemen gegen die Huthi-Rebellen wurden große Teile des Landes zerstört.

Staatszerfall

Wenn Staaten instabil werden, hat das sehr vielschichtige Ursachen. Diese treten nicht nur innerhalb eines Landes, sondern auch durch oder in Kombination mit dem Einwirken anderer Staaten oder Akteure zutage. Die Auswirkungen eines Staatszerfalls sind gravierend für die Bevölkerung, sie führen oftmals zu Flucht, Hunger und großen zivilen Opfern.

Jemen vor dem Staatszerfall

Mit einem Rebellenaufstand gegen die Regierung hat im Jahr 2011 der aktuelle Bürgerkrieg im Jemen begonnen, die Konflikte schwelten jedoch schon lange vorher. Denn nach der Vereinigung von Norden und Süden in den 1990er-Jahren waren die Gebiete von Bürgerkriegen und Separatismus geprägt und fanden mit dem Aufbegehren gegen den Langzeitpräsidenten Saleh ihren Höhepunkt. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit 2011 mehr als 10.000 Zivilisten gestorben und Hunderttausende vom Hungertod bedroht.

Ende 2017 waren fast 900.000 Menschen an Cholera erkrankt. Dies war die weltweit schlimmste Cholera-Epidemie, die jemals aufgezeichnet worden ist. Knapp drei Millionen der rund 30 Millionen Einwohner Jemens sind innerhalb der Grenzen des Landes auf der Flucht. Es gibt keine Stromversorgung, kein funktionierendes Bildungssystem und nur noch ein rudimentäres Gesundheitswesen. Das zusammen mit der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit führt zu innerstaatlichen Spannungen. Auf der einen Seite stehen die Sunniten, die die Regierungen stellten und auf der anderen die Schiiten, die sich um hochrangige Mitglieder der Familie Al-Houthi versammelt haben, unterstützt von lokalen Ablegern von Al-Qaida und dem Islamischen Staat.

Mit dem Eingreifen der Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran in den Konflikt haben sich die Bedingungen für die jemenitische Bevölkerung weiter verschlechtert. Die beiden Staaten führen einen Stellvertreterkrieg um die Vorherrschaft auf der arabischen Halb-

insel und unterstützen die jeweiligen Bürgerkriegsparteien zum Teil offensiv durch Luftangriffe und Sanktionen oder verdeckt durch Waffenlieferungen und Ausbildung von Kämpfern.

Ursachen und Folgen von Staatszerfall

Mit den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist das Konzept des Staatszerfalls in den Fokus von Politik und Wissenschaft gerückt. In Afghanistan hatten sich Strukturen herausgebildet, die die Merkmale fragiler Staatlichkeit aufwiesen. Sie boten Extremisten die Möglichkeit, sich immer weiter zu etablieren und staatliche Funktionen zu übernehmen, sie waren aber auch Basis zur Finanzierung von Operationen und Verbreitung von Propaganda. Das staatliche Gewaltmonopol war durch die Islamisten und regionale Anführer außer Kraft gesetzt worden.

Die Entwicklung hatte sowohl exogene, das heißt äußere, als auch endogene, innerstaatliche, Ursachen, die oftmals eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken. In der Literatur werden als **endogene Faktoren** für fragile Staatlichkeit zum Beispiel eine schlechte politische Führung, unterschiedliche nationale und internationale Machtinteressen, als ungerecht empfundene Friedensregelungen, soziale Ausbeutung und Korruption oder wirtschaftliche Ausbeutung des Landes angeführt.

Die **exogenen Faktoren** sind besonders in der Geschichte der betroffenen Staaten, zum Beispiel im Irak oder in Mali zu finden. Während des Kolonialismus und Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts wurden Grenzen beliebig gezogen, ethnische, religiöse oder regionale Konflikte unterdrückt oder blieben ungelöst, Menschen und Bodenschätze wurden wirtschaftlich ausgebeutet. Die Auswirkungen sind in den betroffenen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent sowie im Nahen und Mittleren Osten nach wie vor spürbar.

Auch der Ost-West-Konflikt wirkte sich als exogener Faktor auf viele Staaten aus, die in den vergangenen Jahrzehnten mit fragiler Staatlichkeit zu kämpfen hatten. Die Spaltung der Welt in zwei Blöcke und das Führen von Stellvertreterkriegen wie in Afghanistan machten sich besonders nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Abzug der Großmächte bemerkbar. Sie hinterließen ein Machtvakuum, das nun von regionalen Clans,

religiösen oder ethnischen Gruppen, Warlords oder anderen bewaffneten lokalen Gruppen ausgefüllt wurde, die Sicherheitsfürsorge, öffentliche Ordnung oder Infrastrukturaufbau übernahmen. Als weitere exogene Faktoren können Auswirkungen

der Globalisierung, militärische Interventionen – auch die Nicht-intervention – sowie eine unzureichende oder unzulängliche Entwicklungspolitik genannt werden.

Merkmale von Staatszerfall

Staatliche Faktoren	Wirtschaftliche Faktoren	Politische Faktoren
kaum oder keine Kontrolle über das Staatsgebiet	Wirtschaftskrisen	Wahlfälschung und Wahlbetrug
hohe Zahl privater Gewaltakteure (Milizen, Warlords oder Clans)	hohe Arbeitslosigkeit	Menschenrechtsverletzungen
Auflösung des staatlichen Sicherheitsapparats	kaum oder keine staatlich organisierte soziale Sicherung	keine unabhängige Justiz und Presse
Bewaffnung der Bevölkerung	schlechte Verkehrsinfrastruktur	Korruption und Vetternwirtschaft
Selbstjustiz	gering ausgeprägtes Bildungs- und Gesundheitswesen	geringe politische Teilhabe
Regierung wird von der Bevölkerung oder großen Teilen der Bevölkerung als illegitim betrachtet.	wachsende Kluft zwischen Arm und Reich	schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft
		ethnische, soziale, regionale und religiöse Differenzen

Eine Chance für Mali?

Obwohl es eines der ärmsten Länder der Welt ist, war Mali politisch lange stabil. Seit Mitte 2012 befindet sich das Land in einer tiefen Krise. Nach einem Militärputsch brachten bewaffnete Tuareg-Rebellen und Islamisten, die der Terrororganisation Al-Qaida nahestehen, den Norden des Landes unter ihre Kontrolle. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich entsandte Kampftruppen, um den Vormarsch der Islamisten aus dem Norden auf Bitten der malischen Regierung zu stoppen. Ein weiterer Einsatz war die afrikanisch geführte internationale Unterstützungsmission in Mali (African-led International Support Mission in Mali, AFISMA), die die malischen Streitkräfte unterstützen sollte. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2013 an einer Ausbildungsmission der EU, der „Mission multidimensionelle Intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation au Mali“ (MINUSMA). Ein erster Schritt zur Stabilisierung des Landes ist durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen den beiden Konfliktparteien 2015 erfolgt.

„Nach dem Ende der Kämpfe schickten die Vereinten Nationen 12.000 Soldaten, um den Norden Malis zu stabilisieren. Doch das gelingt nicht. Nach wie vor gibt es unzählige bewaffnete Gruppen, die teils auf der Seite der Regierung, teils auf der Seite der Aufständischen stehen. Auch die Zahl terroristischer Milizen wächst. (...) Wie schon vor sechs Jahren nutzen die Terroristen auch diesmal einen regionalen Konflikt: In Zentralmali (...) kämpfen Nomaden gegen sesshafte Bauern um fruchtbares Land. In dem Streit um Weidegrund geben sich die Terroristen als Schlichter. Sie übernehmen auf diese Weise sukzessive die Macht in den Dörfern und führen dann die Scharia ein. Das können sie, weil die Regierung (...) nicht in der Lage ist, in den Städten und Dörfern Recht und Gesetz durchzusetzen. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens stammen Soldaten und Polizisten überwiegend aus Volksgruppen, die im Süden Malis siedeln. Sie weigern sich, ihr Leben für die Ethnien in Nord- und Zentralmali zu riskieren, deren Sprache sie zudem nicht sprechen. Zweitens sind Armee und Polizei unterbezahlt, schlecht ausgerüstet und unzureichend ausgebildet. Sie haben gegen die häufig besser bewaffneten und gut motivierten

Milizen keine Chance. Und drittens schließen sich viele Einwohner den Terroristen an, weil sie arm und perspektivlos sind. Sie fühlen sich vom Staat im Stich gelassen. Überdies hat sich Mali mit Burkina Faso, Niger, Tschad und Mauretanien zusammenschlossen, um mit einer gemeinsamen Eingreiftruppe gegen den islamistischen Terrorismus in der Sahelzone vorzugehen. Das bedeutet allerdings, dass das Land seine eigenen Bewohner bekämpfen muss, denn kaum einer der Dschihadisten stammt aus dem Ausland.“

Quelle: Marco Seliger: „Darum kommt der Bundeswehr-Einsatz in Mali nicht voran“, www.faz.net, 7. März 2018

Im Internet

The Fund for Peace – Fragile State Index
www.fundforpeace.org/global

Stiftung Wissenschaft und Politik www.swp-berlin.org

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung www.bmz.de



Weiterdenken



- 1** Geben Sie in eigenen Worten die Ursachen von Staatszerfall **wieder** und **erstellen** Sie hierzu einen kurzen Lexikoneintrag.
- 2** **Erläutern** Sie in Partnerarbeit Konfliktlinien, Ursachen sowie regionale und globale Folgen des jemenitischen Bürgerkriegs und ergänzen Sie die Informationen aus dem Text gegebenenfalls durch weiterführende Recherchen. **Vergleichen** Sie im Anschluss Ihre Ergebnisse im Plenum.
- 3** **Gestalten** Sie in Gruppenarbeit eine Mindmap mit Ansätzen zur Bekämpfung von Staatszerfall. **Erörtern** Sie dabei auch, welche Rolle die globale Wirtschafts-, Agrar-, Energie-, Klima- oder Rüstungspolitik spielt. **Präsentieren** und **diskutieren** Sie Ihre Ergebnisse an einem Flipchart oder in einer Präsentation.



Die Bundeswehr unterstützt malische Soldaten beim Aufbau neuer staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen.

Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Vernetzung gilt als Antwort auf die zunehmende Komplexität von Risiken und Bedrohungen in einer Welt, in der Menschen miteinander über politische, geografische und kulturelle Grenzen hinweg interagieren, Güter und Informationen austauschen. Für die Sicherheitspolitik Deutschlands heißt das, dass zivile und militärische Konzepte für Frieden und Stabilität angewendet werden, um Bedrohungen dort zu bekämpfen, wo sie entstehen.

Deutsche Sicherheitspolitik



„Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht verpflichtet uns, im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen, um gemeinsam Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht zu verteidigen. Noch stärker als bisher müssen wir für unsere gemeinsamen Werte eintreten und uns für Sicherheit, Frieden und eine Ordnung einsetzen, die auf Regeln gründet.“

Quelle: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Vorwort des Weißbuches. Das Weißbuch beschreibt die Grundlagen der Deutschen Sicherheitspolitik und den Rahmen, in dem sich diese vollzieht. 16. Juli 2016, www.bmvg.de

Vernetzte Sicherheitspolitik in Mali

Mali stürzte nach einem Militärputsch im Jahr 2012 durch bewaffnete Unruhen und dem Vormarsch von Milizen aus dem sich auflösenden libyschen Staat sowie militanter Islamisten aus dem Norden des Landes ins Chaos. Deutschland hat ein erhebliches Interesse daran, Terrorismus, Kriminalität und Verarmung, die kurz- und mittelfristig starke Auswirkungen auch auf Europa haben können, gemeinsam mit seinen europäischen und internationalen Partnern entgegenzutreten. An der Stabilisierungsmission „Mission multidimensionelle Intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation au Mali“ (MINUSMA) beteiligen sich aktuell mehr als 50 Nationen mit rund 11.000 Blauhelmsoldaten, rund 1.500 Polizisten und Zivilpersonal.

Die Kernaufgaben bestehen darin, die Vereinbarungen und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Abkommens für Frieden und Aussöhnung von 2015 zu unterstützen. Außerdem hilft MINUSMA beim nationalen politischen Dialog, der Sicherheit und Stabilisierung und dem Schutz von Zivilpersonen. Ebenso wird das Herstellen der staatlichen Autorität im gesamten Land und der Wiederaufbau des malischen Sicherheitssektors gefördert sowie der Schutz der Menschenrechte und der humanitären Hilfe. MINUSMA gewährleistet zudem den Schutz des UN-Personals und hilft, das malische Kulturgut zu erhalten. Deutsche Soldaten überwachen die Umsetzung des Friedensabkommens und helfen beim Wiederaufbau und der Entwicklung im Norden. Eines der Hauptziele ist der Aufbau von Polizei und Armee, damit der malische Staat die Verantwortung für Sicherheit und Ordnung selbst übernehmen kann.

nach: www.einsatz.bundeswehr.de > Aktuelle Einsätze > Mali (MINUSMA) > Der Einsatz in Mali

Prävention und vernetzte Sicherheit

Militärische Maßnahmen allein können keine Sicherheit und Stabilität gewährleisten, und militärische Gewalt kann und darf auch nur das letzte Mittel („ultima ratio“) sein. Deshalb ist die deutsche Sicherheitspolitik umfassend angelegt. Sie ist präventiv, das heißt, sie setzt vorbeugend bei den Ursachen der Konflikte an. Präventive Sicherheitspolitik umfasst auch politische und diplomatische Initiativen sowie wirtschaftliche, humanitäre und soziale Einsätze. Gleichzeitig beinhaltet sie die politische Bereitschaft und die Fähig-

keit, Freiheit und Menschenrechte notfalls auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und das internationale Völkerrecht bilden den rechtlichen Rahmen für alle Bundeswehreinräte. Mit dem umfassenden Ansatz der vernetzten Sicherheit wird den unterschiedlichen gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Bedingungen in Konfliktregionen Rechnung getragen. Nur im multinationalen Zusammenwirken können die unterschiedlichen Herausforderungen bewältigt werden. Sicherheit kann weder rein national noch allein durch den Einsatz von Streitkräften gewährleistet werden.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten international immer mehr Verantwortung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernommen. Um die Sicherheit im eigenen Land zu erhöhen, gilt es, weltweite Krisen am besten gar nicht erst entstehen zu lassen und gleich ihre Ursachen zu bekämpfen, präventiv gegen schwelende Konflikte vorzugehen. Grundsätzlich geht es um Hilfe zur Selbsthilfe. Über allem steht die Überzeugung, dass prinzipiell lokale Akteure Konflikte vor Ort besser lösen können als Staaten oder Bündnisse, die von außen einwirken. Oft fehlen den regionalen Partnern jedoch Mittel und Möglichkeiten, sich zu engagieren. Es geht also darum, den lokalen Partner in die Lage zu versetzen, selbst für seine eigene und die regionale Sicherheit zu sorgen. Dabei muss jede Situation individuell analysiert werden. Neben Ausbildung, Beratung und Aufbau von Infrastruktur sind auch – falls die Lage es erfordert – Rüstungsexporte möglich. Diese erfolgen unter Beachtung der bestehenden politischen Vorgaben zur Exportkontrolle.

nach: www.bmvg.de > Themen > Dossiers > Engagement in Afrika > Das Engagement > Ertüchtigung in Afrika > Fragen und Antworten zur Ertüchtigung

könne Außenpolitik irgendwie schwänzen. (...) Es sollte aber doch jedes Kind wissen, dass ein Koloss wie Deutschland keine Wahl hat, Macht auszuüben oder nicht. (...) Je bewusster und überlegter deutsche Bewegungen also ausgeführt werden, je klarer wir uns über eigene Ziele sind, desto besser ist es für alle und eben auch für unser Land selbst. Dies zu verstehen und daraus Lehren zu ziehen ist der Auftrag.“

Quelle: Ulrich Fichtner: „Kommentar zur deutschen Außenpolitik. Weltmacht wider Willen. Wir brauchen endlich eine Außenpolitik, die unserem kolossalen Gewicht in der Welt entspricht“, www.spiegel.de, 30. Januar 2018



Karikatur: Martin Erl

Bundesaußenminister Heiko Maas hat sich im April 2018 im UNO-Hauptquartier in New York für ein Umdenken in der internationalen Sicherheitspolitik ausgesprochen.



Umdenken in der Sicherheitspolitik?

„Wir müssen auf Prävention setzen statt auf Intervention“, sagte Maas auf einer Konferenz zur Konfliktprävention laut Redemanuskript. Er sprach sich zudem für „Dialog statt Konfrontation“ sowie „Abrüstung statt Aufrüstung“ aus und versprach einen „substanziellen Beitrag“ Deutschlands zur Finanzierung der UNO-Friedenspolitik.

Auswärtiges Amt: Außenminister vor der UNO. Maas fordert Umdenken in Sicherheitspolitik; vom 24. April 2018, www.spiegel.de > Nachrichten > Politik > Deutschland > UNO > Heiko Maas: Außenminister fordert Umdenken in der Sicherheitspolitik

Deutschland und seine internationale Rolle

„Deutschland bleibt ein Land, das zwar zu den Motoren der globalen Ökonomie und zu den tragenden Säulen der westlichen Welt zählt, das seine daraus resultierende Rolle auf der internationalen Bühne aber beharrlich verweigert. (...) Tatsächlich verrichtet Deutschland außenpolitischen Dienst nach Vorschrift. Und wenn die Außenminister ihre Reden halten, sprechen sie seit einigen Jahren nicht wie Akteure, sondern wie Zuschauer ihrer selbst. (...) Deutschland hat, 70 Jahre nach dem Krieg, bald 30 Jahre nach dem Mauerfall, noch immer nicht gelernt, auf Grundlage seiner Werte Interessen zu definieren und diese aktiv zu verfolgen. Stattdessen lebt eine Mehrheit der Bürger in dem Glauben weiter, man

Im Internet

Bundesministerium des Innern www.bmi.bund.de

Bundesministerium der Verteidigung www.bmvg.de

Bundesverfassungsgericht www.bundesverfassungsgericht.de



Weiterdenken



- 1** Formulieren Sie in eigenen Worten eine kurze Definition der Konzepte „präventive Sicherheit“ und „vernetzte Sicherheit“. Tragen Sie Ihre Definition – eventuell ergänzt durch ein Beispiel – Ihrem Sitznachbarn vor.
- 2** Erarbeiten Sie gemeinsam die Aussage des Außenministers und die Frage von Militäreinsätzen der deutschen Bundeswehr. Nehmen Sie abschließend reihum kurz Stellung zur Frage, ob sich Deutschland seiner internationalen Rolle entsprechend außenpolitisch und auch militärisch engagieren sollte.
- 3** Stellen Sie in einer Mindmap Akteure zusammen, die bei einem Konfliktfall, der Maßnahmen der vernetzten Sicherheit erfordert, tätig werden sollen. Diskutieren Sie deren Zusammenwirken im Plenum.

Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr legen beim feierlichen Appell am 20. Juli 2018 ihr Gelöbnis auf dem Paradeplatz des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin ab.



Die Bundeswehr

Die Verteidigungsministerin hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte im Frieden und die Bundeskanzlerin im Verteidigungsfall. Der Deutsche Bundestag entscheidet über alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland und übt damit seine parlamentarische Kontrolle aus. Historische Erfahrungen wie die der Weimarer Republik oder der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 haben gezeigt, dass sich die militärische Führung eines Landes nicht verselbstständigen darf.

Auftrag der Bundeswehr

ist es, im Rahmen des gesamtstaatlichen Ansatzes

- Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen;
- zur Resilienz* von Staat und Gesellschaft gegen äußere Bedrohungen beizutragen;
- die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands abzustützen und zu sichern;
- gemeinsam mit Partnern und Verbündeten zur Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen für unsere offene Gesellschaft und unsere freien und sicheren Welthandels- und Versorgungswege beizutragen;
- zur Verteidigung unserer Verbündeten und zum Schutz ihrer Staatsbürger beizutragen;
- Sicherheit und Stabilität im internationalen Rahmen zu fördern und
- europäische Integration, transatlantische Partnerschaft und multinationale Zusammenarbeit zu stärken.

* Widerstandsfähigkeit
Quelle: Die Bundesregierung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016, Seite 90

Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr

Gemäß Artikel 87a Grundgesetz (GG) stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland auf. Hierin liegt der grundlegende Auftrag der Bundeswehr. In den „Weißbüchern“ (letzte Ausgabe 2016) werden im Kontext der jeweiligen globalen Sicherheitslage Aufträge und Aufgaben der Bundeswehr immer wieder neu konkretisiert.

Aufgaben der Bundeswehr

Abgeleitet aus ihrem Auftrag nimmt die Bundeswehr in einem gesamtstaatlichen Ansatz folgende Aufgaben wahr:

- Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und der EU
- Internationales Krisenmanagement einschließlich aktiver militärischer und zivil-militärischer Beiträge
- Heimatschutz, nationale Krisen- und Risikovorsorge und subsidiäre Unterstützungsleistungen in Deutschland
- Partnerschaft und Kooperation auch über EU und NATO hinaus, um durch multinationale Integration und weltweite Sicherheitszusammenarbeit zur modernen Verteidigungsdiplomatie, zum Kapazitätsaufbau und zur Interoperabilität beizutragen
- Humanitäre Not- und Katastrophenhilfe, um einen Beitrag zur Übernahme von Verantwortung für die Bewältigung humanitärer Herausforderungen zu leisten
- Beiträge zum gesamtstaatlichen Lagebild im Cyber- und Informationsraum im Rahmen der nationalen und multinationalen Sicherheitsvorsorge
- Unterstützungsleistungen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung nationaler Schlüsseltechnologiefelder

Quelle: Die Bundesregierung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016, Seite 91 bis 93 (gekürzt)

Geschichte der Bundeswehr – Traditionsverständnis – Innere Führung

Die Bundeswehr wurde am 12. November 1955 gegründet. Voraussetzung dafür war die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO am 6. Mai 1955. Sie war in ihrer über 60-jährigen Geschichte überwiegend eine Wehrpflichtarmee. Seit 2001 stehen alle militärischen Laufbahnen auch Frauen offen. Am 1. Juli 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, unter anderem aufgrund einer veränderten sicherheitspolitischen Lage und der fehlenden Notwendigkeit, Betroffene gegen ihren Willen einzuberufen. Es wurde argumentiert, nicht die klassische Landesverteidigung stehe bei der Bundeswehr nun im Vordergrund, sondern die Anforderung, eine moderne, hoch professionelle Truppe bereitzuhalten, die international bei Konflikten – meist im Verbund mit den Soldaten weiterer Nationen – im Einsatz ist.

Der „Freiwillige Wehrdienst (FWD)“ steht seitdem Frauen und Männern ab dem 17. Lebensjahr, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, offen. Die Vollzeitschulpflicht, das heißt neun Jahre Schulbesuch, muss erfüllt sein. Der FWD dauert mindestens zwölf Monate (bis zu 23 Monate möglich), und Bewerber müssen zu Auslandseinsätzen bereit sein. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr respektiert die Notwendigkeit der emotionalen Bindung, die Soldaten brauchen. Einen besonderen Platz hat hier immer der Widerstand gegen das NS-Regime als Vorbild. Die Bundeswehr blickt bewusst zurück auf die Zeit während des Kalten Krieges und die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands, als Soldaten auch in den Auslandseinsatz gehen mussten und auch Tod und Verwundung zum soldatischen Alltag wurden. Dafür gibt es Orte des Gedenkens wie das Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin und den Wald der Erinnerung in Potsdam. Die Bundeswehr überprüft ihr Traditionsverständnis regelmäßig und setzt auf eine offene Diskussionskultur und persönliches Engagement.

Das Konzept der Inneren Führung betrifft sowohl die innere Ordnung der Bundeswehr als auch ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Diese Führungskultur ist aus den Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs entstanden. Das Konzept beschreibt, wie die Werte und Normen des Grundgesetzes in der Bundeswehr verwirklicht werden und Soldaten ihre Aufgaben aus innerer Überzeugung für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Demokratie leisten können. Dadurch besteht eine feste Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und prägt somit das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“. Es soll sicherstellen, dass es für das Militär in Deutschland keinen wesentlichen gesellschaftlichen Unterschied zu seinem zivilen Umfeld gibt. Dadurch soll verhindert werden, dass Soldaten für die Ausübung von Verbrechen missbraucht werden.

Die Einsätze der Bundeswehr stehen unter einem sogenannten Parlamentsvorbehalt. Art, Umfang und Dauer müssen durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestags beschlossen werden. Im Gegensatz zu dieser Praxis in Deutschland wird der Einsatz einer Präsidialarmee ausschließlich durch den Präsidenten angeordnet – zum Beispiel in Frankreich.

Innere Sicherheit und Bundeswehr

Sicherheitsvorsorge ist eine wichtige innenpolitische Aufgabe, da auch die Bundesrepublik Deutschland im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus steht. Der Schutz der inneren Sicherheit des Landes ist grundsätzlich Aufgabe der Polizeien der Länder sowie der Bundespolizei. Im Zusammenhang mit der asymmetrischen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus und durch Cyberangriffe sind Szenarien denkbar, die von den Sicherheitsbehörden aufgrund der vorhandenen Ausstattung und Fähigkeiten nicht allein bewältigt werden können. Nach Artikel 35 Absatz 2 des Grundgesetzes dürfen die Streitkräfte im Innern nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden, zum Beispiel zur Bekämpfung von Naturkatastrophen oder bei besonders schweren Unglücksfällen. Im Jahr 2016 waren etwa 900 Soldaten in Deutschland im Einsatz, um im Zuge der Amtshilfe nach Artikel 35 Behörden bei der Unterbringung, Versorgung und Registrierung von Flüchtlingen zu unterstützen. Zeitweise waren es sogar bis zu 9.000 Soldaten. Schon bei der Flutkatastrophe im Jahr 1962 in Hamburg, beim Oder-Hochwasser 2002 oder der Elbe-Flut 2013 hat die Bundeswehr den örtlichen Einsatzkräften geholfen.

Im Internet



Informationen zum Selbstverständnis der Bundeswehr
www.bmvg.de > Themen > Friedenssicherung
 > Verteidigung > Sicherheitspolitik > Weißbuch 2016

Informationen zur Konzeption der Inneren Führung
www.innerefuhrung.bundeswehr.de > Grundlagen

Weiterdenken



- 1** **Geben** Sie schriftlich mit eigenen Worten **wieder**, welche Aufgaben das Grundgesetz der Bundeswehr zuweist und wo die Grenzen des Einsatzes sind. **Recherchieren** Sie weitere Passagen im Grundgesetz, welche die Bundeswehr betreffen, ergänzen Sie damit Ihre bisherigen Ausführungen, und stellen Sie damit ein Gesamtbild der Bundeswehr her.
- 2** **Arbeiten** Sie in Gruppen grundlegende Informationen zur Entwicklung und zum Selbstverständnis der Bundeswehr **heraus**. Ergänzen Sie Ihre Erarbeitung gegebenenfalls durch eine weitergehende Recherche im Internet. Stellen Sie im Plenum auf einem Zeitstrahl Stationen der Bundeswehr dar, und **nehmen** Sie begründet **Stellung** zur These: Die Bundeswehr hat sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen müssen.
- 3** Die Wiederbewaffnung Deutschlands in den 1950er-Jahren ging mit heftigen Protesten im Bundestag und in der Gesellschaft einher, die Deutschlands Rolle im Zweiten Weltkrieg ins Feld führten. **Veranstalten** Sie auf der Basis Ihrer bisherigen Erkenntnisse zum Thema eine historische **Talkshow** zur Frage „Wiederbewaffnung in Deutschland – ja oder nein?“ Weitere Informationen zur Methode und zu den Rollen der Teilnehmer finden Sie in der Lehrerhandreichung.



Seit 2001 befinden sich Soldaten der Bundeswehr im Einsatz in Afghanistan.

Auslandseinsätze

Die Soldaten der Bundeswehr müssen überall auf der Welt zum Einsatz für Frieden und Freiheit, für Menschenrechte, Recht und Gerechtigkeit bereit sein. Das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ gilt auch für Einsätze im Ausland. Es erfordert eine gute Ausbildung, Verständnis für politische und kulturelle Zusammenhänge und die Überzeugung, dass die Werteordnung des Grundgesetzes schützenswert ist.

Die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung

Präventiv gegen schwelende Konflikte vorzugehen und so den Ausbruch von Krisen überhaupt zu verhindern, ist die Hauptstrategie der sicherheitspolitischen Akteure.

Deutschland hat die Ertüchtigungsidee beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Dezember 2013 eingebracht. Mit diesem Konzept beabsichtigen Deutschland und seine EU-Partner, die Wirksamkeit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu erhöhen. Es gibt fünf Schwerpunktländer: Irak, Jordanien, Tunesien, Mali und Nigeria. Darüber hinaus gibt es Einzelprojekte, zum Beispiel mit den Vereinten Nationen und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECO-WAS.

nach: Bundesministerium der Verteidigung, Fragen und Antworten zu Ertüchtigung, www.bmvg.de > Themen > Dossiers > Engagement in Afrika > Das Engagement > Ertüchtigung in Afrika > Fragen und Antworten zur Ertüchtigung

Einsatz	Bezeichnung	Einsatzgebiet	Mandatsobergrenze*
RSM	Resolute Support Mission	Afghanistan	1.300
KFOR	Kosovo Force	Kosovo	800
UNMISS	United Nations Mission in South Sudan	Südsudan	50
UNAMID	United Nations / African Union Mission in Darfur	Sudan	50
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon	Libanon	300
EUTM Mali	European Union Training Mission in Mali	Mali	350
MINUSMA	Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali	Mali	1.100
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental	Westsahara	20
EUNAVFOR MED	European Union Naval Force Mediterranean Operation SOPHIA	Mittelmeer	950
Sea Guardian	NATO-Mission	Mittelmeer	650
NAVFOR Atalanta	European Union Naval Force – Operation Atalanta	Horn von Afrika und angrenzende Seegebiete	600
Anti-IS-Einsatz/ Fähigkeitenaufbau Irak	Unterstützung der Anti-IS-Koalition, Stabilisierung Irak	Nahost	800

* jeweils bezogen auf das aktuelle Mandat des Deutschen Bundestages Stand: August 2018
Quelle: Bundeswehr: Einsatzzahlen – die Stärke der deutschen Kontingente, www.bundeswehr.de > Einsätze > Allgemeines > Aktuelle Stärke

Herausforderungen im Auslandseinsatz

Auch im Auslandseinsatz bleibt ein Soldat der Bundeswehr „Staatsbürger in Uniform“ mit seinen Rechten und Pflichten, da die Bundesrepublik Deutschland die Hoheitsgewalt über deutsche Streitkräfte weder an die Vereinten Nationen noch an andere internationale Organisationen überträgt. Rund 3.300 deutsche Soldaten sind Anfang 2019 an internationalen Einsätzen beteiligt. Der Schwerpunkt der Einsätze der Bundeswehr wird auf nicht absehbare Zeit jenseits der deutschen Grenzen liegen. Der mehrmonatige Dienst ist nicht nur psychisch und physisch belastend. Der Umgang mit fremden Kulturen, der Dienst in multinationalen Kontingenten und der Einsatz in Krisenregionen stellen auch besondere Anforderungen an Ausbildung und Fähigkeiten der Soldaten, zum Beispiel bei Fremdsprachenkenntnissen und interkultureller Kompetenz. Letztere ist integraler Bestandteil der Vorbereitung auf Auslandseinsätze.

Folgen des Einsatzes

Seit ihrer Gründung 1955 sind rund 3.200 militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr im Verlauf der Ausübung ihres Dienstes zu Tode gekommen. Ihre Namen sind am Ehrenmahl der Bundeswehr verewigt. 110 Soldaten sind seit 1992, also seit Beginn der Auslandseinsätze, bei Einsätzen im Ausland gestorben. Neben physischen Verletzungen kann der Auslandseinsatz auch psychische Folgen haben. Man geht davon aus, dass etwa drei Prozent der Soldaten eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) durch den Einsatz davontragen. Die Symptome und die Intensität sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Bundeswehr hat für PTBS-Erkrankte eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die schnelle Unterstützung ermöglicht.

Quelle: Das Ehrenmal der Bundeswehr: Den Toten unserer Bundeswehr, www.bundeswehr.de und Die Bundeswehr: Gedenken > Todesfälle in der Bundeswehr > Todesfälle im Einsatz, www.bundeswehr.de

Deutsches Engagement in Afghanistan

Seit Ende 2001 sind deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert. Was als sechsmonatige Friedensmission begann, wurde zum langjährigen Kampfeinsatz. Zentral für den Erfolg ist, dass Afghanistan die Verantwortung für seine Sicherheit selbst übernehmen kann. Deshalb hilft die Bundesregierung besonders beim Aufbau der afghanischen Polizei und Armee. Gleichzeitig unterstützt Deutschland den zivilen Aufbau des Landes. Hunderte deutsche Entwicklungshelfer, Polizisten und Diplomaten haben den politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau im ganzen Land bereits unterstützt. Rund 30.000 deutsche Soldaten haben bisher an der Stabilisierung des Landes mitgewirkt. Ende 2014 ging die Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung über, und der ISAF-Einsatz (ISAF: International Security Assistance Force)

endete. Der Schwerpunkt des internationalen Engagements liegt nun im zivilen Bereich. Deutschland ist an der Nachfolgemission Resolute Support (RSM) beteiligt, um den Übergangsprozess militärisch zu sichern, die afghanischen Streitkräfte weiterhin auszubilden, sie zu schulen sowie ihnen in den Bereichen Strategie und Logistik beratend zur Seite zu stehen. Die Obergrenze der Mission liegt bei 1.300 deutschen Soldaten. Insgesamt rund 12.000 Soldaten aus den NATO-Staaten sowie aus weiteren Ländern beteiligen sich an der Nachfolgemission.

Neben ihrem Ausbildungsauftrag als Rahmennation im Norden übernimmt die Bundeswehr eine wichtige Rolle bei der Ausbildung afghanischer Streitkräfte (ANDSF Roadmap). Damit geht die afghanische Regierung seit 2017 eine stärkere Einsatzbereitschaft der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte und Kernprobleme der Sicherheitskräfte gezielt an, zum Beispiel die interne Korruption, die zu mangelnder Legitimation in der Bevölkerung führt. Die deutschen Kräfte unterstützen auch die unabhängige afghanische Wahlkommission dabei, die Präsidentschaftswahlen 2019 zu sichern.

Die internationale Unterstützung hat seit 2001 Erfolge erzielt, vor allem im Kampf gegen den Terrorismus. Auch für einen Großteil der Bevölkerung verbesserte sich die Lage. Statt einer Million gehen nun acht Millionen Kinder – auch Mädchen – in die Schule. Die Frauen haben eine bessere Position in der Gesellschaft. Es gibt Fortschritte bei Gesundheitsversorgung und Infrastruktur. Aber es gibt auch Rückschläge, besonders dort, wo sich die internationalen Truppen deutlich zurückgezogen haben. Hier haben die afghanischen Kräfte die Sicherheitsverantwortung allein übernommen und erhebliche Schwierigkeiten im Kampf gegen Al-Qaida, IS und Taliban. Die Bundesregierung sieht einen Lösungsweg für den Konflikt in Afghanistan in einem international und regional unterstützten innerafghanischen Friedensprozess zwischen Regierung und Taliban. Sie setzt sich dafür ein, dass der Friedensprozess die Taliban politisch einbindet.

nach: Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements, www.auswaertiges-amt.de, Februar 2018

Im Internet

Informationen der Bundesregierung zu Missionen im Ausland www.bundesregierung.de > Themen > Jahresbericht 2016/17 > Deutschland kommt voran > Außen- und Sicherheitspolitik > Internationale Polizeimissionen

Informationen zum Ansatz der Ertüchtigung www.bmvg.de > Themen > Dossiers > Friedenssicherung > Ertüchtigung

NATO (Englisch) www.nato.int



Weiterdenken



- 1** **Fassen** Sie die Anforderungen **zusammen**, denen Soldaten im Auslandseinsatz gerecht werden müssen, und **benennen** Sie mögliche Folgen aus einem solchen Einsatz. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit Ihren Sitznachbarn.
- 2** **Erstellen** Sie zu den tabellarisch aufgeführten Einsätzen in Kleingruppen ein Plakat, auf dem Sie die Missionen (Art, Umfang, Zeitraum, Ziel und mögliche Herausforderungen) **vorstellen**. **Präsentieren** Sie die Ergebnisse im Plenum.
- 3** **Sammeln** Sie arbeitsteilig Informationen über die aktuelle Situation in Afghanistan. **Erstellen** Sie eine Mindmap, in der Sie gemeinsam Ihre Ergebnisse in Hinblick auf die Sicherheitspolitik, die Wirtschaft und die Sozialpolitik beziehungsweise gesellschaftliche Entwicklungen kategorisieren. **Interpretieren** Sie gemeinsam die Ergebnisse.
- 4** **Bewerten** Sie – ausgehend von Ihren Erarbeitungen – die Situation in Afghanistan, und **entwerfen** Sie Bedingungen, die erfüllt sein sollten, um eine eigenständige und unabhängige Verwaltung des Landes zu erreichen.



Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York ist das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen und kann die Durchsetzung seiner Beschlüsse erzwingen.

Die Vereinten Nationen

Im Jahr 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Sie ist seitdem die politische Richtschnur der Vereinten Nationen. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, Weltkriege wie im 20. Jahrhundert verhindern zu wollen und auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken. Dennoch hat die Welt seither unzählige Kriege und gescheiterte Interventionen der Vereinten Nationen erlebt. Am Ziel und der Vision, eine friedliche Weltordnung zu etablieren, arbeitet die Völkergemeinschaft dennoch weiter.

Entwicklung der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal. In den ersten fünf Artikeln wird die universelle Gültigkeit von Freiheit, Gleichheit sowie das Recht auf Leben und Sicherheit für jede Person thematisiert. Sklaverei, Leibeigenschaft und Folter werden ausdrücklich verboten. Dieses Ideal Wirklichkeit werden zu lassen, erfordert ein breites Engagement. Zahlreiche Sonder- und Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen sind weltweit im Einsatz, zum Beispiel die Weltflüchtlingsorganisation (UNHCR, Genf), die Weltgesundheitsorganisation (WHO, Genf), die Welthandelsorganisation (WTO, Genf) oder das Internationale Kinderhilfswerk (UNICEF, New York). Internationale Sicherheit und Weltfrieden sind die Hauptziele der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung im Jahr 1945. Seit 2011 haben die Vereinten Nationen 193 Mitglieder – das sind fast alle Länder der Welt.

Institutionen

Der Generalsekretär ist der oberste Verwaltungsbeamte der Vereinten Nationen. Auf Vorschlag des Sicherheitsrats wird er für fünf Jahre von der Generalversammlung ernannt. Eine Wiederwahl ist möglich. Doch nach zwei Amtszeiten gibt es im Allgemeinen einen Wechsel. Der Generalsekretär repräsentiert die Organisation international und als Ganzes. Politisches Gewicht bekommt seine Funktion durch sein Engagement in aktuellen Krisen und bei besonderen Herausforderungen, zum Beispiel bei Naturkatastrophen. Dann reist er in Krisengebiete, führt Gespräche mit Regierungen oder legt Vorschläge zur Beilegung von Konflikten vor. Große Bedeutung kommt den von ihm ernannten Sonderbeauftragten zu, die vor Ort die Arbeit der Vereinten Nationen koordinieren. Zu den politischen Aufgaben des Generalsekretärs gehört es auch, die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf jede Angelegenheit zu lenken, die den Frieden gefährden könnte.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist die Vollversammlung ihrer Mitgliedstaaten. Sie findet einmal pro Jahr im September im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York statt. Jeder Mitgliedstaat darf bis zu fünf Delegierte dorthin entsenden. Die Versammlung prüft und genehmigt den Haushaltsplan der Vereinten Nationen, berät über Resolutionen und empfiehlt deren Annahme. Die Generalversammlung darf sich mit jeder Frage von internationaler Bedeutung befassen, solange sie nicht gleichzeitig vom Sicherheitsrat behandelt wird. Die Resolutionen der Generalversammlung sind völkerrechtlich nicht bindend.

Im Jahr 2002 hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) der Vereinten Nationen seine Arbeit aufgenommen. Er ist das erste unabhängige und ständige Weltgericht der Geschichte. Die Verbrechen des kongolesischen Rebellenführers Thomas Lubanga waren im Jahr 2009 der erste verhandelte Fall vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Bisher wurden 25 Fälle verhandelt, einige mit mehr als einem Angeklagten. Aber einige Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen den IStGH nicht an, dazu gehören auch Russland und die USA. Dies bedeutet, dass sie eine Verurteilung ihrer Staatsbürger durch den IStGH nicht akzeptieren würden.

Die Arbeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

Im Gegensatz zur Vollversammlung der Vereinten Nationen sind die Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für alle Mitgliedstaaten bindend. Er ist das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen und kann die Durchsetzung seiner Beschlüsse erzwingen. Von den 15 Sitzen im Sicherheitsrat gehören fünf Sitze den ständigen Mitgliedern USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China. Die ständigen Mitglieder haben bei jeder Abstimmung ein Vetorecht. Jedes einzelne dieser fünf Mitglieder kann somit verhindern, dass Entscheidungen des Sicherheitsrats zustande kommen. Für 2019/2020 ist unter anderem Deutschland als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat gewählt worden.

Internationale Schutzverantwortung

Nach den Völkermorden in Ruanda (1994) und Srebrenica (1995) sowie der umstrittenen Intervention im Kosovo in den 1990er-Jahren ist das Konzept der Internationalen Schutzverantwortung entstanden. Ziel war es, staatliche Souveränität und Menschenrechtsschutz in Einklang zu bringen und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen festzuschreiben. Im Jahr 2005 wurde das Konzept der Schutzverantwortung auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedern anerkannt. Es hat folgende Prinzipien: 1. Jeder Staat hat die Verantwortung, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. 2. Die internationale Gemeinschaft hat die Aufgabe, Staaten bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung zu unterstützen. 3. Wenn ein Staat zum Schutz seiner Bevölkerung nicht fähig oder willens ist oder selbst Massenverbrechen verübt, geht die Schutzverantwortung auf die internationale Gemeinschaft über. Sie muss dann diplomatische, humanitäre oder andere friedliche Mittel zum Schutz von Zivilisten ergreifen. Erst wenn solche Maßnahmen aussichtslos erscheinen, darf und muss die interna-

tionale Gemeinschaft auch Zwangsmaßnahmen ergreifen. Dazu können neben Sanktionen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierte Interventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung zählen.

Das Konzept der Schutzgemeinschaft hat also keine rechtlich bindende Wirkung. Die Wirkung liegt auf politischer Ebene, indem es zur Legitimierung von Militärinterventionen auf Grundlage einer Sicherheitsratsresolution beiträgt und den politischen Handlungsdruck erhöht. Das Konzept weckt Hoffnungen auf Gerechtigkeit in der internationalen Friedenssicherung, jedoch auch Befürchtungen wegen einer drohenden Überforderung der internationalen Ordnung aufgrund allzu idealistischer Erwartungen.

Im Internet

Vereinte Nationen www.un.org

Internationaler Strafgerichtshof (Englisch) www.icc-cpi.int

Bundesministerium der Verteidigung www.bmvg.de

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.
<http://frieden-sichern.dgvn.de/friedenssicherung/ueberblick/responsibility-to-protect>



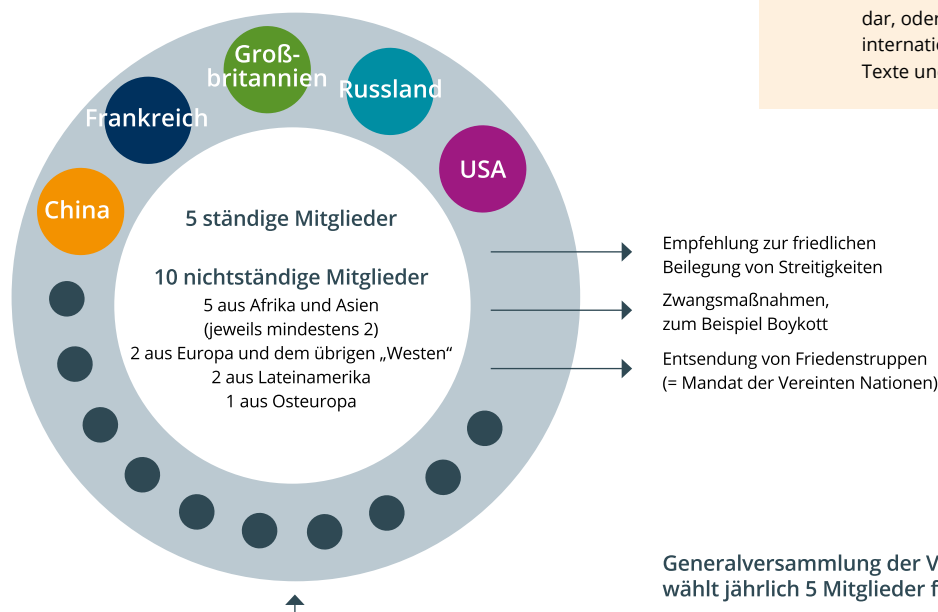
Weiterdenken



- Beschreiben** Sie mithilfe des Schaubilds „Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen“ und des Informationstextes die Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die Bedeutung des Vetorechts seiner fünf ständigen Mitglieder in einem kurzen Lexikonartikel.
- Erläutern** Sie, welche historischen Gründe es dafür gibt, dass die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich ständige Mitglieder des Sicherheitsrats geworden sind.
- Bilden Sie Arbeitsgruppen, in denen Sie arbeitsteilig die Aufgaben, Ziele und aktuelle Tätigkeitsbereiche einer Organisation der Vereinten Nationen **herausarbeiten**. Recherchieren Sie hierzu auch im Internet. **Erstellen** Sie jeweils eine kurze Präsentation, und präsentieren Sie Ihre Ergebnisse den anderen Gruppen.
- Führen** Sie eine **Debatte** zur Frage **durch**: Stellt das Konzept der Schutzverantwortung einen Schritt in die richtige Richtung dar, oder schafft es falsche Hoffnungen und überfordert die internationalen Akteure? Nutzen Sie dazu die vorliegenden Texte und die angegebenen Quellen

Sicherheitsrat

verantwortlich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit



in 2018/2019
Äquatorialguinea
Elfenbeinküste
Kuwait
Peru
Polen

in 2019/2020
Belgien
Deutschland
Dominikanische Republik
Indonesien
Südafrika



Zur Unterstützung der baltischen Staaten entsenden die NATO-Partner im Zuge der Air Policing Mission Kampfflugzeuge zur Luftraumüberwachung.

Die NATO

70 Jahre nach ihrer Gründung hat sich die North Atlantic Treaty Organization (NATO) grundlegend verändert. Sie hat zahlreiche neue Mitglieder aufgenommen und führt Militäreinsätze außerhalb ihres Bündnisgebiets durch. Seit der Annexion der Krim durch Russland und dem Konflikt in der Ost-Ukraine 2014 ist der Schutz der Mitgliedstaaten wieder in den Vordergrund gerückt. In den Russland-NATO-Beziehungen sieht NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wachsendes Konfliktpotenzial für die kommenden Jahre.

Die Nordatlantische Allianz

Mit dem Nordatlantikvertrag wurde am 4. April 1949 ein kollektives Verteidigungsbündnis geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war es gegen den Warschauer Pakt gerichtet. Die Sowjetunion hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihren Machtbereich auf die osteuropäischen Staaten ausgedehnt. Während des Kalten Krieges war das Nordatlantische Verteidigungsbündnis auf die gemeinsame Verteidigung bei einem Angriff von außen vorbereitet. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde das Bündnis um neue Staaten erweitert. Die NATO versteht sich als Wertegemeinschaft freier, demokratischer Staaten zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten sowie zur Sicherheit des Bündnisgebiets bei gegenseitigem Beistandsgebot. Sie steht jedem europäischen Land zum Beitritt offen. Fast 70 Jahre nach ihrer Gründung beschränkt sich die Allianz nicht allein darauf, die Grenzen des Bündnisses zu verteidigen. Sie stellt sich mit neuen Positionen den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft. Durch die Zusammenarbeit mit Staaten außerhalb der NATO will sie Konflikte vorbeugen und Stabilität schaffen.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rief die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den kollektiven Bündnisfall nach Artikel 5 aus. Artikel 5 des Washingtoner Vertrages

stellt fest, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere der Bündnispartner in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen alle angesehen wird und verlangt, dass dann jeder Bündnisstaat dem angegriffenen Land mit den Mitteln hilft, die er für notwendig hält (Beistandsvertrag). Seitdem stehen bei der Operation „Enduring Freedom“ NATO-Verbände an der Seite der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation endete im Juli 2010. Mit „Enduring Freedom“ ist in der NATO die Einsicht gewachsen, sich strategisch umzuorientieren. Im November 2010 beschlossen die Staats- und Regierungschefs in Lissabon ein neues strategisches Konzept und schufen damit für das Bündnis die Grundlage, auch bei unvorhersehbaren Risiken und Bedrohungen gemeinsam reagieren zu können.

Neue Herausforderungen

Im Jahr 2014 wurde durch die Annexion der Krim sowie die Krise in der Ost-Ukraine (Donbass) das NATO-Russland-Verhältnis belastet. Die zivile und militärische Kooperation im NATO-Russland-Rat, der seit 2002 zur Verbesserung der Zusammenarbeit existiert, wurde ausgesetzt, politische und militärische Kommunikationskanäle wurden aber offen gehalten. Der russische Präsident Putin erklärte im Februar 2014, dass man Vorbereitungen zur „Rückholung der Krim zu Russland“ treffen müsse, „um den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden“. Auf der Halbinsel Krim, die vor 2014 zur Ukraine gehörte, lebten rund 60 Prozent Russen neben Ukrainern und Krimtataren. Soldatisch gekleidete Personen ohne Hoheitsabzeichen, das heißt ohne einen Nachweis über ihre nationale Zugehörigkeit, nahmen strategisch wichtige Orte ein. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Abschirmung durch diese Truppen kam es zu einem Machtwechsel in der Regierung der Autonomen Republik Krim.

Mitte März 2014 wurde eilig ein nach ukrainischem Recht illegales Referendum über den Status der Krim abgehalten, wonach sich offiziell die deutliche Mehrheit für einen Verbleib im russischen Staatsgebiet aussprach. Insbesondere Polen, Estland, Lettland und Litauen befürchteten ähnlichen Militäraktionen wie auf der Krim und in der Ostukraine. Deshalb wurden größere NATO-Truppen auf deren Territorium stationiert.

Die Mitgliedstaaten der NATO

1949

Belgien
Dänemark
Frankreich
Großbritannien
Island
Italien
Kanada (o. Abb.)
Luxemburg
Niederlande
Norwegen
Portugal
USA (o. Abb.)

1952

Griechenland
Türkei

1955

Bundesrepublik
Deutschland*

1982

Spanien

1999

Polen
Tschechien
Ungarn

2004

Bulgarien
Estland
Lettland
Litauen
Rumänien
Slowakei
Slowenien

2009

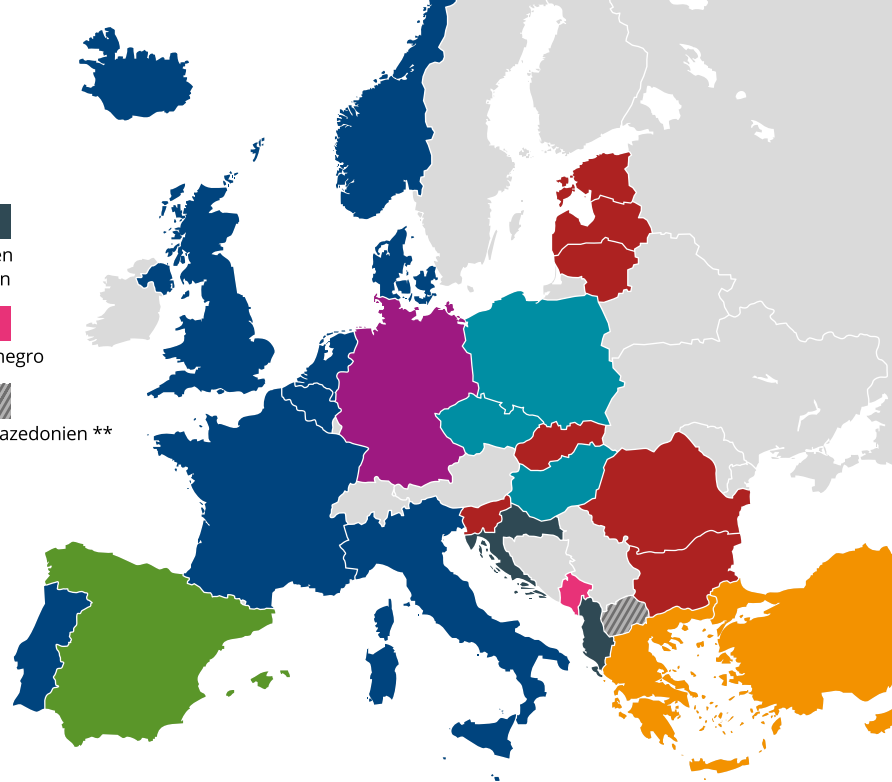
Albanien
Kroatien

2017

Montenegro

2020

Nordmazedonien **



* Auf der Karte ist der Ist-Zustand nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 abgebildet.

** Beitrittsprozess läuft seit Februar 2019. Abschluss voraussichtlich 2020.

In den baltischen Staaten gibt es, ähnlich wie auf der Krim, einen unterschiedlich großen Anteil russischsprachiger Minderheiten. Am Air Policing (Schutz und Überwachung des Luftraums) im Baltikum beteiligt sich auch die deutsche Luftwaffe mit Kampfflugzeugen. Auch möchte die Allianz einen größeren Einfluss Russlands auf den Westbalkan verhindern. Deshalb wurde 2017 Montenegro als 29. Mitglied in die NATO aufgenommen.

Stärke und Dialog

Beim NATO-Gipfel in Warschau 2016 wurde die Stationierung von insgesamt vier multinationalen Bataillonen in Osteuropa beschlossen. Jeweils einer der rotierenden Verbände soll in den drei baltischen Staaten und in Polen verstärkt präsent sein. Zugleich hob Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Vorfeld die Doppelstrategie des Bündnisses aus Abschreckung und Dialog gegenüber Russland hervor: „Wichtig ist, dass die NATO sich so stark aufstellt, dass klar ist, dass niemand sich einen Vorteil davon versprechen kann, dieses Militärbündnis anzugreifen.“ NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach während des Gipfels von Hoffnung auf mehr Dialog mit Russland. Wenn ein solcher Dialog auf Dauer die Qualität einer „Allwettertauglichkeit“ bekomme, sei das gut.

nach: www.bmvg.de > Themen > Dossiers > Die NATO: Stärke und Dialog

Eingreiftruppen der NATO

Deutschland war als sogenannte Rahmennation an der Aufstellung der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Very High Readiness Joint Task Force – VJTF) beteiligt. Die Task Force ist Teil des Aktionsplans des Bündnisses für eine erhöhte Einsatzbereitschaft, der beim NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014 beschlossen wurde. Die Anforderung besteht darin, innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit an jedem Ort zu sein, an dem die Truppe benötigt wird. Die VJTF gehört mit ihren rund 5.000 Soldaten in höchster Einsatzbereitschaft zur NATO Response Force (NRF), einer Eingreiftruppe für weltweite Einsätze, bestehend aus Land-, Luft-, See- und Spezialkräften. Reihum stellen die Bündnismitglieder Truppen für die Speerspitze der NATO zur Verfügung. Die Bundeswehr wird 2019 wieder eine führende Rolle in der VJTF übernehmen. Das Rahmenkonzept beinhaltet, dass multinationale Verbände von

einem der größeren NATO-Partner „getragen“ werden, weitere Armeen und Kontingente stellen ergänzende Schlüsselfertigkeiten in diesem Rahmen zur Verfügung.

nach: www.bmvg.de > Themen > Dossiers > Die NATO: Stärke und Dialog > VJTF - Speerspitze der NATO

Im Internet

NATO (Englisch) www.nato.int

Informationen zur europäischen Außenpolitik
www.auswaertiges-amt.de > Außen- und Europapolitik > Europa

Eurokorps – Streitkräfte für Europa und die Atlantische Allianz
www.eurocorps.org

Weiterdenken

- 1** **Recherchieren** Sie, unter welchen Voraussetzungen der Bündnisfall der NATO eintritt. **Erläutern** Sie, warum dies beim Terroranschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center der Fall war.
- 2** **Zählen** Sie kurz in Einzelarbeit die wichtigsten Aufgaben und Ziele der NATO als Bündnisssystem **auf**. Unterscheiden Sie dabei auch nach wirtschaftlichen, verteidigungspolitischen und politischen Zielsetzungen.
- 3** **Erarbeiten** Sie in Gruppenarbeit Hintergrundinformationen zu den aktuellen NATO-Einsätzen mit deutscher Beteiligung. **Präsentieren** Sie Ihre Ergebnisse kurz mit einem Plakat oder Ähnlichem im Plenum.
- 4** Stellen Sie arbeitsteilig eine Pro-und-Kontra-Liste zur Erweiterung der NATO sowie insbesondere zum NATO-Beitritt Montenegros zusammen. Nutzen Sie alle Informationen aus diesem Schülermagazin, und recherchieren Sie weiter in den angegebenen Quellen. Präsentieren Sie Ihre Liste Ihren Mitschülern, und **beurteilen** Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten.



Auf dem Weg über das Mittelmeer geraten viele Flüchtlinge in Seenot und müssen gerettet werden.

Sicherheit in Europa

Die Europäische Union existiert seit über 60 Jahren. Seit ein paar Jahren ist sie mit Herausforderungen konfrontiert, deren Bewältigung ein hohes Maß an Einigkeit unter den Mitgliedstaaten erfordert – insbesondere in den Bereichen der Verteidigungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Entwicklung der Europäischen Union

Die Europäische Union wurde als reines Wirtschaftsbündnis (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Montanunion, 1951) gegründet, aber mit dem politischen Ziel, Krieg in Europa dauerhaft zu verhindern. Aus der zentralen Rolle der Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa entwickelt sich die Gemeinschaft weiter. Für alle EU-Bürger bedeutet dies unter anderem, dass sie sich frei innerhalb der Europäischen Union bewegen, niederlassen und eine Arbeit annehmen können. Durch den freien Dienstleistungsverkehr kann jeder zum Beispiel zwischen europäischen Handyanbietern, Stromversorgern oder Versicherungsgesellschaften wählen und sich frei entscheiden, in welchem Land und bei welchem Kreditinstitut er Geld anlegen möchte.

Die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union arbeiten in wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereichen eng zusammen. Wie weit dies jedoch auch manchmal eher ein Ziel als die Realität zu sein scheint, zeigt unter anderem die Streitfrage der Aufnahme von Flüchtlingen. Ungarn, Polen und Tschechien weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb hat die EU-Kommission im Jahr 2017 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Länder eingeleitet. Davon abgesehen ist in mehreren Staaten eine Obergrenze zur Aufnahme von Flüchtlingen im Gespräch. In Frankreich und auch in Teilen von Deutschland (Bayern) wurde über zentrale Aufnahmelager diskutiert.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Besonders vor dem Hintergrund des Kosovokrieges wurde 1999 die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gegründet, um innerhalb der EU sicherheits- und verteidigungspolitische Instrumentarien zu entwickeln. Hierzu gehören zivil-militärische, militärische und polizeiliche Maßnahmen. Mit dem Vertrag von Lissabon (2007) wird dieses Politikfeld als Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU bezeichnet.

Der Auftrag von SOPHIA

Die EU-Operation European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR MED) bekam im Jahr 2015 die Zusatzbezeichnung Operation SOPHIA nach einem somalischen Mädchen, das während des Einsatzes auf einem deutschen Marineschiff geboren wurde. Kernauftrag ist die Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke vor der libyschen Küste. An der Operation beteiligen sich 25 europäische Nationen. Insgesamt wurden durch die Einheiten von SOPHIA in über 250 Einsätzen mehr als 40.000 Menschen aus Seenot gerettet, mehr als 22.500 von ihnen nach der Rettung durch die Deutsche Marine.

Anfang 2019 wurde der Marineeinsatz vor der libyschen Küste vorerst beendet, weil sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf ein neues System zur Verteilung von aus Seenot geretteten Migranten einigen konnten. Bis auf Weiteres werden die Aktivitäten von Schleusernetzwerken nur noch aus der Luft beobachtet.

Darüber hinaus gibt es zwei Unterstützungsaufgaben: Mit der Operation soll der Kapazitätsaufbau der libyschen Küstenwache und Marine gestärkt werden, um das „Geschäftsmodell“ des Menschenschmuggels auf der zentralen Mittelmeerroute zu bekämpfen. SOPHIA soll außerdem dazu beitragen, illegalen Waffentransport im Einsatzgebiet zu verhindern.

nach: Bundeswehr, Gegen Schleusernetzwerke - Der Einsatz im Mittelmeer, www.bundeswehr.de > Einsätze > Mittelmeer > EU-Einsatz Sophia

Permanente Strukturierte Kooperation (PESCO)

„Wer PESCO unterzeichnet, geht Verpflichtungen ein. Zum Beispiel die, das Verteidigungsbudget regelmäßig zu erhöhen, um die vereinbarten Ziele zu erreichen. Einzelne Staaten haben die Möglichkeit, in Verteidigungsfragen zusammenzuarbeiten, ohne auf andere warten zu müssen. (...) Deutschland etwa will ein Exzellenzzentrum für Auslandsmissionen einrichten und ein verlegbares Krankenhaus aufbauen. (...) Es ist auch die Rede von Battlegroups mit französischen, deutschen und polnischen Soldaten. Die Staaten, die an einzelnen Projekten nicht sofort teilnehmen wollen, können sich später anschließen. (...) Es wird schwierig werden, die unterschiedlichen militärischen Kapazitäten aufeinander abzustimmen. Da wird vieles nicht sofort rundlaufen. Wie sollte es anders sein, bei einer Union mit 28 Mitgliedstaaten? Trotzdem, PESCO ist ein großer Schritt in Richtung europäischer Selbsterächtigung. Die Botschaft der Unterzeichner ist klar: Wir sind bereit, mehr für unsere Sicherheit zu tun, und wir sind in der Lage, die Bürger Europas, wenn nötig, auch militärisch zu schützen.“

Quelle: Ulrich Ladurner, Europäische Selbsterächtigung, www.zeit.de, 14. November 2017

Missionen der EU (Auswahl)

EUFOR – Operation Althea

Militärische Operation zur Friedenssicherung in Bosnien und Herzegowina (Übernahme der Aufgaben von der NATO), seit Dezember 2004

EU NAVFOR Somalia – Operation Atalanta

Militärmission zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias, seit Ende 2008

EUNAVFOR MED – Operation SOPHIA

Militärmission durch Marinekräfte gegen Menschensmuggel im südlichen zentralen Mittelmeer, seit Juni 2015

nach: Auswärtiges Amt, Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), www.auswaertiges-amt.de > Außen- und Europapolitik > Europa > Europäische Außenpolitik > Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Im Internet

Europäische Union www.europa.eu

Informationen zur europäischen Außenpolitik www.auswaertiges-amt.de > Außen- und Europapolitik > Europa

Streitkräfte für Europa und die Atlantische Allianz www.eurocorps.org

Bedeutung der EU-Migrationspolitik



„Europäische Politik wie vor 2015 wird es nicht mehr geben.“

„Die Flüchtlingskrise hat Europa so verändert wie 9/11 die USA.“

„Die Flüchtlingskrise macht Unterschiede sichtbar, die lange ignoriert wurden. Es gibt diese West-Ost-Spaltung: Die Hälfte der EU-Staaten hat von Beginn an die Aufnahme von Flüchtlingen verweigert.“

Quelle: Interview von Matthias Kolb mit Ivan Krastev, Europäische Union und ihre Zukunft. Die Flüchtlingskrise hat Europa so verändert wie 9/11 die USA, www.sueddeutsche.de, 23. Dezember 2017

Der Schutz der EU-Außengrenzen

Spätestens seit 2015 wird der Schutz der EU-Außengrenzen wiederholt diskutiert. Frontex (französisch: Frontières Extérieures – Außengrenzen), eine Agentur der Europäischen Union, gibt es seit 2005. Sie soll dazu beitragen, die Außengrenzen der EU zu schützen. Frontex beschäftigt Vertragsbedienstete und entsandte von Behörden der Mitgliedstaaten. Die Einrichtung ist keine Grenzpolizei, weil die EU kein Staat ist. Neben der Daten- und Informationssammlung und -analyse illegaler Migration koordiniert Frontex die Einsätze der Grenzpolizeien der Mitgliedstaaten und führt auch eigene Einsätze auf See durch. Für solche Einsätze ist die Agentur bereits kritisiert worden: Im Jahr 2013 legte Pro Asyl einen Bericht vor, aus dem hervorging, dass an der griechischen Land- und Seegrenze, die auch zum Einsatzgebiet von Frontex zählt, regelmäßig völkerrechtswidrige „Push-Back“-Operationen durchgeführt werden. Dabei werden Flüchtlinge und ihre Boote in die Türkei zurückgedrängt, ohne dass sie die Möglichkeit bekommen, Asylanträge zu stellen. Frontex war an solchen illegalen Zurückweisungen beteiligt. 2014 beschloss das EU-Parlament strengere Regeln für die Grenzschutzagentur. Demnach dürfen Flüchtlingsboote nicht mehr abgedrängt und zur Rückkehr gezwungen werden. Zudem ist Frontex seither verpflichtet, Flüchtlinge zu retten, die in Seenot geraten sind.

nach: Mechthild Baumann, Frontex – Fragen und Antworten, vom 15. Juni 2016, www.bpb.de > Gesellschaft > Migration > Kurzdossiers > Frontex und das Grenzregime der EU > Frontex – Fragen und Antworten

Weiterdenken



- 1** **Beschreiben** Sie mithilfe des Materials die Entwicklung der Europäischen Union von der Gründung bis heute in Hinblick auf Frieden und Sicherheit.
- 2** **Erstellen** Sie in Kleingruppen einen Steckbrief zu einer der EU-Friedensmissionen, der die Organisation nach W-Fragen aufschlüsselt: Was geschah/geschieht wann und wo? Wer ist am Ereignis beteiligt? Welche Ziele verfolgt die Mission? Wo bestehen Probleme? Bilden Sie Expertengruppen zu den jeweiligen Missionen, und machen Sie ein Gruppenpuzzle.
- 3** **Erarbeiten** Sie gemeinsam die aktuellen Entwicklungen und Maßnahmen in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihre jeweilige Zielsetzung.
- 4** **Bewerten** Sie in einem kurzen Essay die Maßnahmen.



In einem Flüchtlingslager im nigerianischen Bundesstaat Benue lernen Kinder in einer behelfsmäßigen Schule.

Entwicklungspolitik

Die Bekämpfung von Armut und Hunger sind zentrale Ziele, die sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gesetzt haben. In der Entwicklungspolitik geht es aber nicht nur um diese zweifellos elementaren Ziele, sondern darum, den Menschen weltweit langfristig ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Marshallplan mit Afrika

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung Afrikas 20 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Sicherstellung der Ernährung, Zugang zu Energie, Ressourcenschutz und Arbeitsplätze für Hunderte von Millionen junger Afrikaner sind enorme Herausforderungen und auch Chancen. Mit dem Marshallplan mit Afrika aus dem Jahr 2017 möchte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Entwicklung in afrikanischen Staaten vorantreiben. Der Plan soll neue Partnerschaften deutscher Unternehmen mit afrikanischen Unternehmen auf Augenhöhe ermöglichen. Er basiert auf Wirtschaft, Handel und Beschäftigung, Frieden, Sicherheit und Stabilität sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Der Schwerpunkt liegt auf der Ausweitung wirtschaftlicher Kooperation. Vertreter afrikanischer Staaten begreifen die Ausrichtung auf Letzteres als Chance. Erste Projekte gibt es schon: Kenia hat eine Vereinbarung mit Deutschland zum Aufbau einer Universität nach dem praxisorientierten Modell der deutschen Fachhochschule unterzeichnet.

Dass der Marshallplan auch im Zusammenhang mit der Debatte um die Bekämpfung von Fluchtursachen steht, hat die Sorge einer Fokussierung auf deutsche Interessen verstärkt. Afrikanische Ökonomen kritisieren weiterhin, dass der Plan Afrika als Einheit betrachte und nicht konkrete Vorschläge für einzelne Länder bereithalte, die das jeweilige Politische und Gesellschaftliche berücksichtigen. Zudem werde auf afrikanische politische Zielsetzungen mit Ausnahme der Agenda 2030 kaum Bezug genommen. Die Bundesregierung fordert von afrikanischen Staaten

unter anderem Einsatz bei der Bekämpfung von Korruption und der Achtung von Menschenrechten. Da der Aktionsplan auf freiwilligen Selbstverpflichtungen basiert und kein verbindliches Instrument ist, müssen deutsche Unternehmen für Schwierigkeiten in diesen Bereichen sensibilisiert werden.

nach: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Ein Marshallplan mit Afrika, www.bmz.de > Länder > Marshallplan mit Afrika

Entwicklungszusammenarbeit

Seit den 1990er-Jahren spricht man in der Entwicklungspolitik eher von Entwicklungszusammenarbeit als von Entwicklungshilfe. Diese Veränderung zeigt den Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der vorherigen Hilfe durch Fachwissen und Geld. Auch sonst ist die klassische Konstellation zwischen einem Entwicklungsland und einem Industrieland viel seltener geworden: Die Zahl armer Entwicklungsländer ist rückläufig. Ein leistungsfähiges Partnerland (etwa Indien) hat sehr genaue Vorstellungen, wie die Entwicklungszusammenarbeit eigene Anstrengungen ergänzen kann. Anders sieht es dort aus, wo nur schwache Staatsstrukturen vorhanden sind und wo den Partnerregierungen nur geringes Vertrauen aufgrund von Korruption und Vetternwirtschaft entgegengebracht werden kann. Entwicklungserfolge sind dort schwerer zu erzielen, wo schlechte Regierungsführung einen Staatszerfall verstärkt und dieser zu Gewaltkonflikten führt. Externe Faktoren können auch wichtig sein, vor allem beim Zugang zu Märkten in entwickelten Regionen.

Die Zahl der Akteure, die Kooperationsbeziehungen mit Entwicklungsländern unterhalten, ist enorm gestiegen. Diese Akteure sind die erfolgreichen Volkswirtschaften, unter anderem aus dem asiatischen Raum, multilaterale Akteure (zum Beispiel die EU) und private Akteure (zum Beispiel Stiftungen). Deshalb haben in der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit der Wettbewerb zu- und der Einfluss der klassischen Geber abgenommen.

nach: Stephan Klingebiel: Entwicklungszusammenarbeit – eine Einführung, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2013, S. 1 bis 3, www.die-gdi.de

Warum brauchen wir Entwicklungszusammenarbeit?

Der Großteil der Menschen auf der Welt lebt in Entwicklungsländern. Viele leiden an Hunger und Krankheiten und leben unter schlechten politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Bedingungen. Aus diesem Grund gibt es eine Vielzahl von politischen und gesellschaftlichen Bestrebungen in den Industriestaaten, den Menschen in diesen Ländern zu helfen und ihnen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen. Dabei geht es unter anderem um faire Bedingungen für diese Staaten auf dem Weltmarkt, um Klima- und Umweltschutz, um Bildung und soziale Gerechtigkeit, um Einkommenssicherung und vieles mehr. Globale Probleme wie der Klimawandel machen nicht an Grenzen halt. Gerade die Entwicklungsländer, die am wenigsten zur Erwärmung des Klimas beitragen, werden von den Auswirkungen des Klimawandels am härtesten getroffen. Rund 2,6 Milliarden Menschen – das ist fast die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer – haben keinen Zugang zu Spültoiletten und anderen hygienischen Formen der Sanitärversorgung. Armutsbekämpfung, Hunger, Trinkwassermangel oder der Schutz der biologischen Vielfalt können nur gemeinsam angegangen werden. Entwicklungszusammenarbeit hilft den Entwicklungsländern, die durch eine leistungsfähige Wirtschaft sich selbst aus der Armut befreien können. Geberländer profitieren, indem sie langfristig in den Partnerländern neue Märkte eröffnen und Zugang zu Rohstoffen erhalten, die ihnen die Entwicklungsländer bieten. Besonders Deutschland als rohstoffarmes Land ist

auf Rohstoffimporte angewiesen. Die Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind hierbei sozusagen Wegbereiter für wirtschaftliche Kooperationen.

nach: Die Bundesregierung: „Grundsätzliches zur Entwicklungspolitik. Warum Entwicklungspolitik?“, www.bundesregierung.de > Entwicklungspolitik

Hindernisse in der Entwicklungszusammenarbeit

Der Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit hängt von verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Geber- und Empfängerländer ab. Auf der Seite der Empfängerländer stellen unter anderem der Mangel an (Aus-)Bildung, Krankheiten, bewaffnete Konflikte, Flucht, Terrorismus, schlechte Regierungsführung, ungleiche Landverteilung und ungesicherte Pachtverhältnisse, Klimaveränderungen, Naturkatastrophen, Raubbau an der Natur, Korruption und Kriminalität die größten Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit dar. Aber auch aufseiten der Geberländer gibt es Probleme: In der EU geben nur sechs Länder – das sind Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Finnland – die vereinbarten 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe aus. Zudem behindern Billigeinfuhren von in (höher) entwickelten Ländern bezuschussten Nahrungsmitteln, sinkende Weltmarktpreise und hohe Schutzzölle für Produkte von Entwicklungsländern die wirtschaftliche Entwicklung.

nach: Die Bundesregierung: „Grundsätzliches zur Entwicklungspolitik. Warum Entwicklungspolitik?“, www.bundesregierung.de > Entwicklungspolitik

17 Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Die Agenda 2030 wurde im September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedstaaten verabschiedet. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und stellt einen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen dar. Ein Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung bildet das Kernstück der Agenda.

- keine Armut
- kein Hunger
- Gesundheit und Wohlergehen
- hochwertige Bildung
- Geschlechtergleichheit
- sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
- bezahlbare und saubere Energie
- menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- Industrie, Innovation und Infrastruktur
- weniger Ungleichheiten
- nachhaltige Städte und Gemeinden
- nachhaltige/r Produktion und Konsum
- Maßnahmen zum Klimaschutz
- Leben unter Wasser
- Leben an Land
- Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
- Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Internationale Ziele. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, www.bmz.de > Ministerium > Ziele > Agenda 2030

Im Internet



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung www.bmz.de

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe www.venro.org

Internationale Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum www.epo.de

Weiterdenken



- 1** „Wir [...] müssen begreifen, dass Afrika nicht der Kontinent billiger Ressourcen ist, sondern die Menschen dort Infrastruktur und Zukunft benötigen.“ (Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller). **Beschreiben** Sie ausgehend von diesem Zitat den Wandel der deutschen Entwicklungshilfe seit 1961.
- 2** **Erläutern** Sie in Gruppenarbeit, warum eine Entwicklungszusammenarbeit gebraucht wird, und vergleichen Sie die Ergebnisse im Plenum, indem Sie eine Mindmap erstellen.
- 3** **Diskutieren** Sie im Plenum die 17 Ziele der Agenda 2030 und Deutschlands Beitrag unter Einbeziehung der These „Die Ziele sind allgemein und die Umsetzung nicht verbindlich“.
- 4** Von vielen Seiten wird immer wieder kritisiert, dass die Entwicklungspolitik, die als Entwicklungshilfe schon seit 1961 existiert, es bislang nicht geschafft habe, echte Veränderungen in weniger entwickelten Ländern herbeizuführen. **Führen** Sie eine **Pro-und-Kontra-Debatte** zur Frage „Was bringt Entwicklungszusammenarbeit?“ Nutzen Sie zur Vorbereitung die hier vorhandenen Materialien. **Recherchieren** Sie bei Bedarf weiter im Internet.



Sport verbindet: Aussöhnung und Vertrauensbildung zwischen ehemaligen Konfliktparteien wie der FARC und Angehörigen der kolumbianischen Regierung sind wichtige Aufgaben der Friedenssicherung.*

Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen

Der Begriff Zivilgesellschaft steht vor allem für die gesellschaftliche Selbstorganisation von Menschen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Fähigkeit einer Gesellschaft zur Selbstorganisation und dem Grad ihrer demokratischen Verfasstheit. Die am Gemeinwohl orientierten Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental-Organization, NGO) sind vorwiegend in den Bereichen humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Umwelt und Entwicklungspolitik engagiert. Mit zunehmender Globalisierung haben sich zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Verbände auch grenzüberschreitend organisiert.

Formen zivilgesellschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement steht für ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, in der Nachbarschaft und anderen Zusammenschlüssen, aber auch für Mitarbeit in politischen Kampagnen, Bürgerinitiativen und Protestgruppen. Letzteres hat in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung zugenommen, während konventionelle Formen der politischen Partizipation wie die Ausübung des Wahlrechts oder Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften an Zuspruch verloren haben. Sehr viele Menschen haben seit 2015 Flüchtlinge in vielfacher Hinsicht unterstützt; das war ein deutlicher Beweis für das Potenzial zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland.

Nach Angaben des „Atlas der Zivilgesellschaft“ leben nur zwei Prozent der Weltbevölkerung in Staaten, in denen sie ihre Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit uneingeschränkt wahrnehmen dürfen. Die Türkei ist ein Beispiel dafür, wie innerhalb kurzer Zeit die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft massiv beschränkt wurden. In Folge eines gescheiterten Militärputsches im Juli 2016 wurde in der Türkei der Ausnahmezustand ausgerufen. Es kam unter anderem zu Massenverhaftungen. Die Behörden nutzten den Ausnahmezustand, um Demonstrationen komplett zu verbieten. Verdächtige kamen für undefinierte Zeit präventiv und unter unzumutbaren Bedingungen in Untersuchungshaft.

In der globalisierten Welt spielen internationale Umweltschutz-, Menschenrechts- oder globalisierungskritische Organisationen wie Attac oder Human Rights Watch eine große Rolle. Viele Bürger und Bürgerinnen möchten sich für ihre Ideale engagieren und die Zukunft der Welt aktiv mitgestalten. In NGOs finden sie Mitstreiter und auch die Organisationsform für ihre Anliegen. Wenn die Vereinten Nationen große Konferenzen einberufen, kommen sowohl die von den jeweiligen Staaten offiziell beauftragten Diplomaten und Vertreter als auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Die Bedeutung internationaler Nichtregierungsorganisationen zeigt sich auch durch ihre stark gestiegene Anzahl: 1960 waren es rund 1.200, 30 Jahre später zählte man mehr als 22.000 Organisationen dieser Art. Im Jahr 2014 wurden sogar über 67.000 NGOs durch das internationale Institut „Union of International Associations“ erfasst. Rund 1.200 neue Organisationen kommen jedes Jahr hinzu.

* FARC: Bis 2016 eine linke, sozialrevolutionäre Guerilla-Organisation in Kolumbien; seit Ende 2017 ist die FARC eine linksgerichtete Partei.

Zivile Konfliktbearbeitung

Oft werden Konflikte, vor allem Kriege, militärisch beendet, um die Gewalt zu stoppen. Die dann folgende und notwendige Konfliktbearbeitung wird von vielen Nichtregierungsorganisationen mitgetragen, die unterschiedliche Vorgehensweisen der Auf- und Verarbeitung und der Krisenprävention anwenden. Dazu gehören beispielsweise:

- Dialog und Schlichtung anregen
- Ehemalige Kriegsteilnehmer in Gesellschaft und Alltag eingliedern
- Wiedergutmachung
- Täter-Opfer-Ausgleich
- Heimkehrenden Flüchtlingen bei der Integration helfen
- Benachteiligte Gruppen stärken

Frieden lernen: Jugendarbeit in Mali

„Der Konflikt in Mali von 2012 wirkt nach: Menschen sind traumatisiert, und Gewalt gehört noch immer zum Alltag, zum Beispiel in den Familien und in der Schule. Kinder und Jugendliche haben wenig Aussichten auf Jobs und Perspektiven für eine sichere Zukunft. So ist Eskalation bei Auseinandersetzungen von Jugendgruppen immer möglich. Ein wichtiger Partner für die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ist in Gao/Mali der CRJ (Conseil Régional de la Jeunesse de Gao).

Als der ehemalige Rebellenführer Mahamadou Djéri Maiga zurück nach Gao kommt, brodelt es in der ganzen Stadt. Es kursiert das Gerücht, er wolle Schläferzellen der Rebellen aktivieren. Die Bevölkerung ist außer sich. Sie hat unter der Besatzung der Rebellen 2012 besonders gelitten. Der aus Gao stammende Maiga war daran maßgeblich beteiligt. Es formiert sich ein bewaffneter Lynchmob. Dabei will Maiga um Verzeihung bitten. Bevor die Situation eskaliert, greift der CRJ ein. Mit Beharrlichkeit und Feingefühl können die Mitglieder des Jugendverbandes die Gemüter beruhigen. ‚Um die Situation zu entschärfen, hat der CRJ eine Dringlichkeitssitzung bei den Honoratioren von Gao einberufen, an der die Führer der gewaltbereiten Jugendlichen teilnahmen‘, erinnert sich Boubacar Hama, damals Öffentlichkeitsreferent des CRJ: ‚Die Verhandlungen zogen sich über fünf Stunden hin. Wir bestanden darauf, den Konflikt gewaltfrei zu lösen. Mit unserer Beharrlichkeit hatten wir Erfolg.‘ Mit Unterstützung der lokalen Radiostation konnten auch die erhitzten Gemüter in der Bevölkerung abgekühlt werden.“

Quelle: Konsortium Ziviler Friedensdienst (Hrsg.): Frieden lernen. Jugendarbeit in Mali, www.ziviler-friedensdienst.org > Friedenspädagogik > Mali

Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement

Dein Tag für Afrika:

„Aktion Tagwerk e.V.“ organisiert die bundesweite Kampagne „Dein Tag für Afrika“ für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen und Schulformen. 2017 engagierten sich rund 200.000 Schüler aus 583 Schulen. Sie leisteten Hilfsdienste im Freundes- und Familienkreis oder veranstalteten gemeinsame Aktionen im Klassenverband. Den Lohn ihres „Tagwerks“ spendeten sie für Bildungsprojekte in verschiedenen Staaten Afrikas. Der Gesamterlös des Jahres 2017 betrug 1,4 Millionen Euro.

Quelle: www.aktion-tagwerk.de

Der zivile Friedensdienst:

Der „Zivile Friedensdienst“ ist ein Programm von deutschen Friedens- und Entwicklungsorganisationen, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird. Fachkräfte unterstützen dabei örtliche Partnerorganisationen in Krisenregionen, gewaltsame Konflikte im Vorfeld zu verhindern (Krisenprävention), friedlich beizulegen (Gewaltminderung) und friedensfördernde Strukturen auf- und auszubauen (Konfliktnachsorge).

Quelle: www.ziviler-friedensdienst.org

Sozialer Tag:

Jedes Jahr organisiert der als Schülerinitiative gegründete Verein „Schüler Helfen Leben e.V.“ den bundesweiten Sozialen Tag, an dem Schüler jeder Altersstufe und Schulform teilnehmen können. Sie suchen sich an diesem Tag einen Job – helfen im Garten oder waschen das Auto des Nachbarn – und spenden ihren Lohn. Mit den Einnahmen werden Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern in Bosnien sowie in Jordanien an der Grenze zu Syrien unterstützt. 2017 haben sich mehr als 70.000 Schüler am Sozialen Tag beteiligt.

Quelle: www.schueler-helfen-leben.de

Wer ist zuständig: Zivilgesellschaft oder Staat?

Gerade auf kommunaler Ebene werden etliche Aufgaben, zum Beispiel die Lebensmittelausgabe bei den gemeinnützigen Tafeln, Begleitung von Migranten im Alltag und zu Behörden und Unterstützung von Krankenhauspersonal bei den einfachsten Aufgaben, von Mitgliedern der Zivilgesellschaft wahrgenommen. Solche Aktivitäten tragen zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Davon profitiert auch der Staat, weil Konflikte, Engpässe oder Probleme im Vorfeld vermieden oder gemindert werden, um die sich sonst Polizei, Sozialarbeiter oder anderes Personal kümmern müssten. Jedoch ergibt sich daraus die Frage: Überlässt der Staat damit zu viele seiner Aufgaben der Zivilgesellschaft?

Im Internet

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung www.bmz.de

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe www.venro.org

Internationale Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum www.epo.de



Weiterdenken

1

Arbeiten Sie in Kleingruppen den Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und NGOs heraus. Verwenden Sie dabei auch konkrete Beispiele für NGOs und ihre Bedeutung für den jeweiligen Bereich in der Zivilgesellschaft.

2

Ermitteln Sie gemeinsam Gründe, die für eine Konfliktnachsorge sprechen.

3

Diskutieren Sie, welche Folgen es für die Bevölkerung, die internationalen Beziehungen, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die ehemaligen Konfliktparteien haben kann, wenn eine Aufarbeitung nach einem gewaltsamen Konflikt unterbleibt.



Schülermagazin 2019 – Sekundarstufe II

FRIEDEN UND SICHERHEIT

www.frieden-und-sicherheit.de



Das Medienpaket FRIEDEN UND SICHERHEIT

Kostenlos heruntergeladen unter: www.frieden-und-sicherheit.de

Schülermagazin FRIEDEN UND SICHERHEIT

- Grundbegriffe Frieden und Sicherheit
- Bedrohungen im 21. Jahrhundert: Konflikte und Ursachen
- Strategien und Bündnisse für Frieden und Sicherheit



Lehrerhandreichung FRIEDEN UND SICHERHEIT

- die Themen Frieden und Sicherheit im Unterricht
- Kompetenzen und methodisch-didaktische Anregungen
- weiterführende Informationen und Arbeitsanregungen zum Schülermagazin

Schulportal www.frieden-und-sicherheit.de

- wöchentlich aktuelle Meldungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik
- regelmäßig neue Arbeitsblätter zu aktuellen Themen
- interaktive Krisenkarte
- Wissensquiz
- Videoempfehlungen